

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 20/2023

19. Mai 2023

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsvereinigungen vom 2. Mai 2023 534

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Förderung der Beteiligung von Business-Angels an innovativen Startups im Freistaat Sachsen mit Mitteln des Just Transition Fund 2021–2027 (Förderrichtlinie Business-Angel-Bonus JTF 2021–2027 – FRL BAB) vom 3. Mai 2023 535

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Förderung von Akzeleratoren im Freistaat Sachsen mit Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung 2021–2027 (Förderrichtlinie Akzeleratoren EFRE 2021–2027 – FRL Akzeleratoren) vom 3. Mai 2023..... 539

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds Plus im Förderzeitraum 2021 bis 2027 vom 2. Mai 2023 544

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über einen Förderaufruf zur Teilnahme am Wettbewerbsverfahren für tschechisch-sächsische FuE-Verbundprojekte zur FRL EFRE/JTF-Technologieförderung 2021 bis 2027 vom 19. Mai 2023 546

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über einen Aufruf zur Interessenbekundung zur Förderung von Sozialen Orten nach der FRL Orte vom 28. April 2023 548

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung Gemarkung Altenhain vom 2. März 2023 553

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen, Sachgebiet Flurneuordnung nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „3. Änderung des Planes nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes“ der Teilnehmergemeinschaft Gnaschwitz vom 4. Mai 2023 554

Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgskreis über die Genehmigung der Änderung und Neufassung der Verbandssatzung des Verwaltungsverbandes „Wildenstein“ vom 22. März 2023 555

Änderung und Neufassung der Verbandssatzung des Verwaltungsverbandes „Wildenstein“ vom 22. März 2023 555

Bekanntmachung des Landratsamtes Görlitz über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Rothenburg und der Gemeinde Hähnichen über den gemeinsamen Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle vom 25. April 2023 559

Zweckvereinbarung..... 560

Bekanntmachung des Landratsamtes Nordsachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes Torgau vom 24. April 2023..... 562

Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes Torgau vom 4. April 2023 562

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsvereinigungen

Vom 2. Mai 2023

I.

Die Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gewährung von Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsvereinigungen vom 7. Dezember 2021 (SächsABl. S. 1650), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 29. November 2021 (SächsABl. SDR. S. S 167), wird wie folgt geändert:

1. In Ziffer I Nummer 1 werden die Wörter „die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind“ durch die Wörter „die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDR. S. S 178)“ ersetzt.
2. Ziffer VII wird wie folgt gefasst:
 - „1. ¹Die Förderanträge sind beim Staatsministerium des Innern unter Verwendung der dort erhältlichen Vordrucke zu stellen. ²Mit dem Förderantrag sind folgende Unterlagen vorzulegen:
 - Haushalts- oder Wirtschaftsplan,
 - Übersicht über das Vermögen und die Schulden,
 - Jahresrechnung/Jahresabschluss des Vorjahres,
 - Übersicht der Bildungsvorhaben,
 - Organisations- und Stellenplan,
 - Vereinsregisterauszug und Vereinssatzung, sofern sich diese seit der letzten Vorlage geändert haben sowie
 - aktuelle Übersicht der Vorstandsmitglieder, gegebenenfalls mit Angabe zur Funktion im Landes- und Bundesverband der nahen stehenden Partei.

2. Die Förderanträge sind bis spätestens zum 31. März des jeweiligen Haushaltsjahres einzureichen.
3. ¹Die Auszahlung erfolgt in zwei Raten. ²Die erste Hälfte der bewilligten Zuwendung wird nach der Bestandskraft des Zuwendungsbescheides, die zweite Hälfte im dritten Jahresquartal ausbezahlt.
4. ¹Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 SÄHO, soweit nicht in diesen Förderrichtlinien Abweichungen zugelassen worden sind. ²Dem zahlenmäßigen Nachweis der Verwendung ist der Bericht eines sachverständigen Prüfers, zum Beispiel eines Wirtschaftsprüfers, über die zweckentsprechende sowie wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Zuwendung beizufügen.“
3. In Ziffer VIII werden in der Überschrift die Wörter „und Außerkrafttreten“ gestrichen.

II.

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 2. Mai 2023

Der Staatsminister des Innern
Armin Schuster

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Förderung der Beteiligung von Business-Angels an innovativen Startups im Freistaat Sachsen mit Mitteln des Just Transition Fund 2021–2027 (Förderrichtlinie Business-Angel-Bonus JTF 2021–2027 – FRL BAB)

Vom 3. Mai 2023

1. Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1.1 Ziel der Förderung ist es, die Finanzierungsmöglichkeiten für junge kleine innovative Unternehmen in der Frühphase (Startups) zu erweitern. Die Förderung gibt privaten Investoren (Business Angels) einen Anreiz, in Startups zu investieren und Startups den Anreiz, sich in den JTF-Fördergebieten anzusiedeln. Das Fördergebiet des JTF (Just Transition Fund) umfasst die folgenden NUTS 3-Regionen: im Lausitzer Revier die Landkreise Bautzen und Görlitz, im Mitteldeutschen Revier die Landkreise Nordsachsen, Leipzig und die Kreisfreie Stadt Leipzig sowie die Kreisfreie Stadt Chemnitz. Das Programm unterstützt das spezifische Ziel des JTF gemäß Artikel 2 Verordnung (EU) 2021/1056 und trägt dazu bei, die Standortbedingungen für technologieorientierte, wissensbasierte Existenzgründungen in diesen Gebieten zu verbessern sowie die Anzahl der Neugründungen zu erhöhen.

1.2 Der Freistaat Sachsen gewährt hierfür Zuwendungen in Form von Anlaufhilfen für Startup-Gründungen.

1.2.1 nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie und

1.2.2 §§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,

1.2.3 der hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. Sdr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. Sdr. S. S 178), in der jeweils geltenden Fassung,

1.2.4 nach den Bestimmungen der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mit allgemeinen Bestimmungen zur Förderung von aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) sowie dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) mitfinanzierten Vorhaben in der Förderperiode 2021 bis 2027 im Freistaat Sachsen (EU-Rahmenrichtlinie) vom 9. Dezember 2021 (SächsABl. 1723), in der jeweils geltenden Fassung, soweit in dieser Förderrichtlinie keine abweichenden Regelungen getroffen werden,

1.2.5 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 2021/1237 vom 23. Juli 2021 (ABl. L 270 vom 29.7.2021, S.39) (AGVO) in der jeweils geltenden Fassung.

1.3 Ein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsstelle auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

1.4 Diese Förderrichtlinie wird aus Mitteln des JTF unterstützt.

2. Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung ist der „Business-Angel-Bonus“. Startups können eine Zuwendung erhalten, wenn sich private Investoren (Business Angels) mit Eigenkapital oder eigenkapitalähnlichen Mitteln am Startup beteiligen.

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind kleine, innovative Unternehmen (Startups) in der Rechtsform einer eingetragenen Personen- oder Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft, die ihren Sitz oder Betriebsstätte in den sächsischen Fördergebieten des JTF haben und deren Eintragung ins Handelsregister höchstens fünf Jahre zurückliegt.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

Die Zuwendung kann unter folgenden Voraussetzungen gewährt werden:

4.1 Das Startup muss gegründet sein.

4.2 Investition durch Business Angel
Das Startup hat einen Beteiligungsvertrag zur Einlage „frischen“ Eigenkapitals oder eigenkapitalähnlicher Einlagen in Höhe von mindestens 50 000 Euro mit einem oder mehreren Business Angels abgeschlossen, die als natürliche Personen in das Startup investieren

oder über ein oder mehrere Beteiligungsgesellschaften, zum Beispiel in der Rechtsform einer GbR, GmbH UG oder eingetragene Genossenschaft (eG), mit jeweils maximal zehn Gesellschaftern.

4.2.1 Für die Zwecke dieser Förderrichtlinie sind Eigenkapital alle bar eingezahlten Einlagen auf das Gesellschaftskapital (zum Beispiel Stammkapital inklusive Kapitalrücklagen) oder in Form eigenkapitalähnlicher Einlagen eingebrachte Barmittel.

4.2.2 Eigenkapitalähnliche Einlagen

- werden dem Startup für die Dauer von mindestens fünf Jahren zur Verfügung gestellt, mit Ausnahme der Abtretung der Forderung bei Veräußerung der Anteile am Startup,
- haben eine ausschließlich gewinnabhängige Verzinsung,
- sind bei Insolvenz gegenüber anderen Verbindlichkeiten des Startups nachrangig.

4.2.3 „Frisches“ Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Einlagen bedeuten, dass das Kapital dem Startup zusätzlich zur bestehenden Kapitalausstattung zur Verfügung stehen muss (keine Umschichtung von bestehenden Mitteln).

4.2.4 Als private Investoren gelten alle Kapitalgeber mit Ausnahme von:

- Mehrheitsgesellschafter und Geschäftsführer des Startups,
- deren nahe Angehörige (Ehe- und Lebenspartner/-innen, Geschwister, Eltern, Kinder),
- Venture-Capital-Gesellschaften, die der Erlaubnis- oder Registrierungspflicht des Kapitalanlagegesetzbuches unterliegen und keine Business-Angels-Gesellschaft darstellen.
- Kreditinstitute
- Gebietskörperschaften und juristische Personen des öffentlichen Rechts.

4.3 Innovationskriterien

4.3.1 Das Geschäftsmodell des Startups ist innovativ. Das ist nachgewiesen, wenn dem Startup bereits durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) die Förderfähigkeit für das Förderprogramm „INVEST-Zuschuss für Wagniskapital“ bescheinigt wurde, wenn das Startup beziehungsweise das Gründerteam im Zusammenhang mit der Entwicklung oder Implementierung des Geschäftsmodells innerhalb der letzten zwei Jahren vor Antragstellung einen Innovationspreis oder eine Förderung aus einem Forschungs- oder Innovationsprogramm der EU, des Bundes oder des Freistaates Sachsen erhalten hat, in dem Innovationskriterien Zuwendungsvoraussetzung waren. Das gilt insbesondere für die sächsischen Förderprogramme oder vergleichbare Bundesprogramme:

- Technologieförderung
- Validierungsförderung
- Markteinführung innovativer Produkte
- InnoStartBonus
- Technologiegründerstipendium
- EXIST-Gründerstipendium

Der Förderbescheid/die Förderzusage darf nicht zurückgenommen und die Förderung nicht zurückgefordert worden sein.

4.3.2 In allen anderen Fällen ist ein Startup innovativ, wenn es mindestens eines der nachfolgenden Kriterien erfüllt:

- Es liegt eine Innovation vor, die zu klimarelevanten Verbesserungen von Produkten oder Prozessen führt.

- Es liegt eine Produkt- oder Serviceinnovation vor.
- Es werden durch Weiterentwicklungen von Produkten oder Dienstleistungen neue Einsatzgebiete oder Märkte erschlossen.
- Es liegt eine Prozessinnovation vor.
- Es liegen unternehmensrelevante Schutzrechte in Form von Patenten vor.

4.4 Nachhaltigkeit

Das Startup verfolgt einen Nachhaltigkeitsansatz. Diese Voraussetzung ist erfüllt, wenn sowohl eines der nachfolgenden ökologischen als auch sozialen Kriterien zutrifft:

4.4.1 ökologische Kriterien

Das Startup

- setzt ein Nachhaltigkeitskonzept um,
- trägt zu Energieeffizienz, Ressourcenschonung, Ressourceneffizienz bei, erzeugt niedrige umweltschädliche Emissionen oder befähigt durch innovative Lösungen Dritte dazu,
- sichert geschlossene Stoffkreisläufe (Kreislaufwirtschaft),
- leistet einen Beitrag zur Anpassung an Folgen des Klimawandels beziehungsweise zur erhöhten Widerstandsfähigkeit gegenüber Klima- und Umwelt Risiken,
- ist auf ökologisch nachhaltige, zukunftsfähige, klimafreundliche und innovative Technologien ausgerichtet,
- leistet sonstige Beiträge zum Umweltschutz (zum Beispiel andere Beiträge zum Immissionsschutz, Gewässerschutz, Naturschutz, Beiträge zum integrierten Umweltschutz und zur Ressourcenschonung, Teilnahme des Unternehmens an Klimaschutzprogrammen, das Produktdesign entspricht den Leitlinien des Umweltbundesamtes für eine umweltgerechte Produktgestaltung, wesentlicher Beitrag zu den sechs Umweltzielen gemäß Artikel 9 der Verordnung (EU) 2020/852 anhand der Kennzahlen der Verordnung (EU) 2020/852 sowie der Delegierten Verordnung (EU) 2021/2139 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2020/852).

4.4.2 soziale Kriterien

- Tarifbindung oder tarifgleiche Vergütung
- Nachwuchsförderung,
- Vereinbarkeit Beruf und Familie (im Sinne von flexibler und ortsungebundener Arbeit) oder
- Chancengleichheit.

4.5 Zum Ausschluss von Doppelförderungen ist eine Kombination dieser Zuwendungen mit Zuwendungen aus anderen Förderprogrammen zur Finanzierung derselben förderfähigen Ausgaben nicht zulässig.

5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

5.1 Art

5.1.1 Zuwendungsart: Projektförderung

5.1.2 Finanzierungsart: Anteilfinanzierung

5.1.3 Form: bedingt rückzahlbarer Zuschuss

5.2 Umfang

5.2.1 Der Zuschuss kann für Personalkosten und -ausgaben, Sach- und Investitionsausgaben verwendet werden. Die Kosten und Ausgaben müssen für den Aufbau oder die Fortentwicklung des Startups notwendig sein.

5.2.2 Nicht förderfähig sind Umschuldungen, Nachfinanzierungen.

5.3 Höhe

Die Zuwendung entspricht 50 Prozent der förderfähigen Ausgaben nach Ziffer 5.2.1 und maximal der Höhe des eingebrachten Eigenkapitals oder der eigenkapitalähnlichen Einlage bis zu einem Betrag von 400 000 Euro.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1 Die Zweckbindungsfrist für Gegenstände, die mit der Zuwendung erworben oder hergestellt wurden, beträgt drei Jahre.

6.2 Rückzahlung des Zuschusses im Erfolgsfall

6.2.1 Die Verpflichtung zur Rückzahlung des Zuschusses entsteht mit dem festgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr, in dem erstmalig ein Gewinn (handelsrechtlicher Jahresüberschuss gemäß § 275 Absatz 2 Nummer 17 des Handelsgesetzbuches) anfällt und letztmalig mit dem festgestellten Jahresabschluss über das Geschäftsjahr des fünften Jahrestags der Bewilligung.

6.2.2 Die Rückzahlungspflicht bezieht sich ausschließlich auf entnommene, nicht thesaurierte Gewinne.

6.2.3 Der Rückzahlungsbetrag pro Jahr (Geschäftsjahr) entspricht 50 Prozent des entnommenen handelsrechtlichen Jahresüberschusses. Höhere Rückzahlungen des Startups sind zulässig. Die Rückzahlungspflicht beginnt ab einem Rückzahlungsbetrag von 2 500 Euro.

6.2.4 Eine vollständige Rückzahlungsverpflichtung entsteht bei einem Börsengang des Startups (IPO), bei mehrheitlicher Veräußerung der Gesellschaftsanteile (Share-Deal-Exit) oder bei einer mehrheitlichen Veräußerung der Vermögenswerte (Asset-Deal-Exit) unter der Bedingung, dass der Unternehmenswert bei der mehrheitlichen Veräußerung mindestens der Bewertung für die jeweils geförderten Business Angel-Investments entspricht.

6.2.5 Der Rückzahlungsbetrag ist jeweils innerhalb von zwölf Monaten nach Bilanzstichtag zur Zahlung fällig.

6.2.6 Die Rückzahlungsverpflichtung ist insgesamt mit maximal der Höhe des erhaltenen Zuschussbetrages begrenzt.

6.2.7 Für die Feststellung eines Rückzahlungsbetrags hat das Startup der Bewilligungsstelle die Bestätigung eines Wirtschaftsprüfers oder Steuerberaters über das Jahresergebnis unaufgefordert bis längstens elf Monate nach dem Bilanzstichtag vorzulegen.

7. Verfahren**7.1 Antragsverfahren:**

7.1.1 Anträge auf Förderung sind vom Startup innerhalb von zwei Monaten nach Unterzeichnung des mit dem

Business Angel geschlossenen Beteiligungsvertrags bei der Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB) als der zuständigen Bewilligungsstelle einzureichen. Das Startup kann bis zum Erreichen des maximalen Zuwendungsbetrags von 400 000 Euro mehrfach Anträge stellen.

7.1.2 Die vollständige Aufstellung aller Unterlagen, die dem Antrag beizufügen sind, ist im Internet unter www.sab.sachsen.de abrufbar. Dazu gehören:

- ein Finanzierungsplan mit Darstellung der geplanten förderfähigen Ausgaben,
- eine Kopie des unterzeichneten Beteiligungsvertrags, einschließlich einer Meilensteinplanung,
- eine Beschreibung des Geschäftsmodells.

7.1.3 Sofern für das Projekt weitere Zuwendungen beantragt wurden, sind diese bei der Antragstellung anzugeben und die dafür geplanten Kosten/Ausgaben zum Abschluss von Doppelförderung im Antrag abzugrenzen.

7.2 Bewilligungsverfahren

Der Bewilligungszeitraum endet sechs Monate nach der letzten Auszahlung des Zuschusses und beträgt maximal 24 Monate.

7.3 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren:

7.3.1 Die Auszahlung der Zuwendung setzt voraus, dass Business Angel Eigenkapital oder eigenkapitalähnliche Einlagen von mindestens 50 000 Euro in das Startup eingezahlt haben. Das Startup belegt die Einzahlung (Kontoauszug).

7.3.2 Die Zuwendung wird gemäß Ziffer 1.7 NBest-EU im Voraus angefordert und ausgezahlt.

7.4 Verwendungsnachweisverfahren

7.4.1 Abweichend von Ziffer 6.1 NBest-EU wird auf einen Zwischennachweis verzichtet.

7.4.2 Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis.

7.4.3 Der Sachbericht stellt dar, wie die Zuwendung für den Aufbau und die Fortentwicklung des Startups verwendet wurde. Er enthält auch Angaben zur Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze, zur Höhe weiterer privater Investitionen in das Startup sowie zum aktuellen Stand des Unternehmensaufbaus.

8. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2029 außer Kraft.

Dresden, den 3. Mai 2023

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Martin Dulig

Anlage

Sofern die Maßnahmen als staatliche Beihilfen auf Grundlage der AGVO gefördert werden, sind ergänzend zu den Vorgaben dieser Richtlinie die nachfolgenden Punkte zu beachten.

1. Anwendbare Freistellungstatbestände

Eine Förderung kann auf der Grundlage des Artikel 22 AGVO gewährt werden.

2. Förderverbot (Artikel 1 AGVO)

Von der Förderung ausgeschlossen sind Unternehmen bzw. Sektoren in den Fällen des Artikel 1 Absatz 2 bis 5 AGVO.

3. Deggendorf-Klausel (Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe a AGVO)

Einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, darf keine Förderung nach dieser Förderrichtlinie gewährt werden.

4. KMU-Definition (Artikel 2 Ziffer 2)

Beihilfeempfänger sind kleine Unternehmen nach den Voraussetzungen des Anhangs I.

5. Beachtung der Anmeldeschwelle (Artikel 4 AGVO)

Bei der Bewilligung der Einzelvorhaben ist die Anmeldeschwelle gemäß Artikel 4 Buchstabe h AGVO zu beachten, das heißt eine Anmeldung bei der Kommission ist erforderlich, wenn die in Artikel 22 Absatz 3, 4 und 5 AGVO genannten Beträge pro Unternehmen überschritten werden.

6. Transparenz (Artikel 5 AGVO)

Die Förderung nach dieser Richtlinie erfolgt in Form von Zuschüssen.

7. Anreizeffekt (Artikel 6 AGVO)

Der Beihilfeempfänger muss vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben oder die Tätigkeit den schriftlichen Förderantrag gestellt haben. Dieser muss mindestens die folgenden Angaben enthalten:

- Name und Größe des Unternehmens
- Beschreibung des Vorhabens mit Angabe des Beginns und des Abschlusses,
- Standort des Vorhabens
- die Kosten des Vorhabens
- Art der Beihilfe (Zuschuss) und
- Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung.

8. Berechnung von Beihilfeintensität und beihilfefähigen Kosten (Artikel 7 AGVO)

Für die Berechnung der Beihilfeintensität und der beihilfefähigen Kosten werden die Beträge vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben herangezogen. Die beihilfefähigen Kosten sind durch schriftliche Unterlagen zu belegen, die klar, spezifisch und aktuell sein müssen.

9. Kumulierungsregel (Artikel 8 AGVO)

Auf der Grundlage der AGVO gewährte staatliche Beihilfen können mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen.

Mit anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten ist eine Kumulation zulässig, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrags nicht überschritten wird.

10. Beihilfefähige Kosten nach Artikel 22 AGVO

Beihilfefähig sind Anlaufbeihilfen im Sinne des Artikel 22 Absatz 3 bis 5 AGVO.

11. Beihilfehöchstintensitäten bei Artikel 22 AGVO

Die Beihilfehöchstintensitäten gemäß Artikel 22 AGVO betragen:

Anlaufbeihilfen als Zuschüsse		
	pro Unternehmen generell	pro Unternehmen in c-Fördergebieten
Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe c AGVO	0,4 Millionen Euro	0,6 Millionen Euro
Artikel 22 Absatz 5 AGVO: Erhöhungsmöglichkeiten für „kleine und innovative Unternehmen“	0,8 Millionen Euro	1,2 Millionen Euro

Ein Beihilfeempfänger kann durch eine Kombination der in Artikel 22 Absatz 3 AGVO genannten Beihilfeinstrumente Unterstützung erhalten, wenn der Anteil der durch ein Beihilfeinstrument gewährten Unterstützung, der auf der Grundlage des für das betreffende Instruments zulässigen Beihilfehöchstbetrags berechnet wird, bei der Ermittlung des restlichen Anteils an dem für die anderen in einer solchen Kombination enthaltenen Beihilfeinstrumente zulässigen Beihilfehöchstbetrag berücksichtigt wird, vergleiche Artikel 22 Absatz 4 AGVO.

12. Veröffentlichung (Artikel 9 AGVO)

Informationen über jede Einzelbeihilfe von über 500 000 Euro werden gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe c in Verbindung mit Anhang III der AGVO auf einer ausführlichen Beihilfe-Website veröffentlicht.

13. Geltungsdauer der AGVO (Artikel 58 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 59 AGVO)

Die Freistellungstatbestände der AGVO gelten vorerst bis zum 31. Dezember 2023 zuzüglich einer Anpassungsperiode von sechs Monaten, mithin bis zum 30. Juni 2024.

Sollte die AGVO nicht verlängert oder durch eine neue AGVO ersetzt werden, oder werden relevante inhaltliche Veränderungen der derzeitigen AGVO vorgenommen, wird die Förderrichtlinie zur Einhaltung der neuen Vorgaben entsprechend überarbeitet werden.

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Förderung von Akzeleratoren im Freistaat Sachsen mit Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung 2021–2027 (Förderrichtlinie Akzeleratoren EFRE 2021–2027 – FRL Akzeleratoren)

Vom 3. Mai 2023

- | | |
|--|---|
| <p>1. Zuwendungszweck und Rechtsgrundlagen</p> <p>1.1 Zweck der Zuwendung ist es, wirtschaftlich tragfähige Akzeleratoren auf- und auszubauen, die Startups in der Frühphase intensiv betreuen. Als Startup wird für den Zweck dieser Richtlinie eine Personen- oder Kapitalgesellschaft mit innovativem Geschäftsmodell in den ersten drei Jahren nach der Gründung verstanden. Die Förderung soll dazu beitragen, die Startbedingungen innovativer Unternehmensgründungen im Freistaat Sachsen weiter zu verbessern, die Anzahl wirtschaftlich erfolgreicher, wachstumsstarker Startups im Bereich technologieorientierter, wissensbasierter Unternehmensgründungen zu steigern sowie den Technologietransfer aus der Wissenschaft im Rahmen von Ausgründungen zu unterstützen. Auf diese Weise wird das politische Ziel des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung unterstützt, durch eine intelligente Spezialisierung der Wirtschaft die Herausforderungen des Struktur- und Klimawandels anzugehen. Die Förderung dient der Umsetzung der Innovationsstrategie des Freistaates Sachsen sowie des Programms des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung im Freistaat Sachsen für die Förderperiode 2021 bis 2027 (EFRE-Programm).</p> <p>1.2 Der Freistaat Sachsen gewährt hierfür Zuwendungen</p> <p>1.2.1 nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie und</p> <p>1.2.2 §§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,</p> <p>1.2.3 der hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. Sdr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. Sdr. S. S 178) in der jeweils geltenden Fassung,</p> <p>1.2.4 den Bestimmungen der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mit allgemeinen Bestimmungen zur Förderung von aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) sowie dem Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) mitfinanzierten Vorhaben in der Förderperiode 2021 bis 2027 im Freistaat Sachsen (EU-Rahmenrichtlinie) vom 9. Dezember 2021 (SächsABl. S.1723), in der jeweils geltenden Fassung, soweit in dieser Förderrichtlinie keine abweichenden Regelungen getroffen werden,</p> | <p>1.2.5 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26. Juni 2014, S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 2021/1237 der Kommission vom 23. Juli 2021 (ABl. L 270 vom 29. Juli 2021, S. 39) (AGVO), in der jeweils geltenden Fassung und deren Nachfolgeregulung.</p> <p>1.3 Zudem gelten folgende beihilferechtliche Grundlagen:
Nimmt ein Startup preisvergünstigte Leistungen eines geförderten Akzelerators in Anspruch, kann dieser beihilferelevante Vorteil nach Artikel 18, 22 oder 28 AGVO freigestellt oder nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S.1), zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2020/972 vom 02. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S.3) (De-minimis-VO) gewährt werden.</p> <p>1.4 Ein Anspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsstelle auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.</p> <p>1.5 Diese Förderrichtlinie wird aus Mitteln des EFRE unterstützt.</p> <p>2. Gegenstand der Förderung
Gefördert werden:</p> <p>2.1 Aufbau und Betrieb neuer Akzeleratoren (Modul 1),</p> <p>2.2 Ausbau bestehender Akzeleratoren oder Ausbau von Unterstützungseinrichtungen für Startups (zum Beispiel Co-Working Spaces, Hubs) zu einem Akzelerator (Modul 2).</p> <p>2.3 Anlauffinanzierung für Startups, die in das Programm eines Akzelerators aufgenommen sind, der nach dieser Förderrichtlinie gefördert wird (Modul 3).</p> <p>3. Zuwendungsempfänger
3.1 Zuwendungsempfänger sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) als Betreiber von Akzeleratoren, in Modul 1 mit mehrheitlich privaten Gesellschaftern/Anteilseignern. Es gilt die Empfehlung der Europäischen Kommission betreffend die</p> |
|--|---|

- Definition der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (Empfehlung 2003/361/EG vom 6. Mai 2003, ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36) in der jeweils geltenden Fassung.
Als Akzelerator wird eine wirtschaftlich tragfähige Einrichtung verstanden, die Startups ausgehend von einem funktionierenden Geschäftsmodell durch strukturierte und individuelle Unterstützungsangebote zu einer schnelleren Entwicklung und Marktreife verhilft. Startups werden durch Auswahlverfahren in Startup-Klassen aufgenommen, die das Leistungsangebot des Akzelerators für einen begrenzten Zeitraum von drei bis zwölf Monaten nutzen. Typische Leistungen sind zum Beispiel strukturierte Coachings, Mentoring, Vernetzung mit Investoren und mit Unternehmen der Zielbranchen.
- 3.2 Zuwendungsempfänger sind auch Startups gemäß Ziffer 1.1 bis zu drei Jahren nach der Gründung, die von einem nach dieser Förderrichtlinie geförderten Akzelerator betreut werden (Modul 3).
- 3.3 Von der Förderung ausgeschlossen sind:
Unternehmen, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet worden ist. Dasselbe gilt für Antragsteller, die eine Vermögensaukunft nach § 807 der Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3202; 2006 I S. 431; 2007 I S. 1781), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4607) geändert worden ist, oder § 284 der Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), die zuletzt durch Artikel 33 des Gesetzes vom 5. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4607) geändert worden ist, abgegeben haben.
4. **Zuwendungsvoraussetzungen**
- 4.1 Der Akzelerator wird im Freistaat Sachsen betrieben.
- 4.2 Modul 1:
Auswahlvoraussetzung im wettbewerblichen Verfahren gemäß Ziffer 7.1 ist ein aussagekräftiges, verbindliches Konzept für den Aufbau und Betrieb eines Akzelerators. Das Konzept enthält mindestens konkrete Aussagen zum Mehrwert des Projektes am gewählten Standort, zur organisatorischen und inhaltlichen Struktur, zur Finanzierung des geplanten Akzelerators sowie zur Qualifikation des Projektteams. Thematisch ist der Schwerpunkt auf Technologien, Querschnittstechnologien, Branchen oder Geschäftsmodelle zu legen, die von bereits im Freistaat Sachsen etablierten Akzeleratoren nicht oder nicht vorrangig adressiert werden. Die Spezialisierung muss Bezug zum Forschungs- und Wirtschaftsumfeld am jeweiligen Standort haben und der Standort muss geeignet sein, um eine ausreichende Zahl an Startups im jeweiligen Spezialisierungsfeld zu akquirieren. Die Wahl des Standorts ist entsprechend zu begründen. Die konkreten Anforderungen an das Konzept sowie die Bewertungskriterien für die Auswahl der Konzepte werden ausführlich im Projektauftrag erläutert. Die Förderwürdigkeit des Konzepts wird im Rahmen dieses wettbewerblichen Auswahlverfahrens geprüft/festgestellt.
- 4.3 Modul 2
- 4.3.1 Das geförderte Projekt soll dazu beitragen, das Leistungs- und/oder Netzwerkangebot des Akzelerators auszubauen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu verbessern sowie das im EFRE-Programm 2021-2027 des Freistaates Sachsen verankerte Ziel einer intelligenten Spezialisierung zu unterstützen. Voraussetzung ist ein Konzept mit folgenden Inhalten:
- 4.3.1.1 Eine detaillierte Beschreibung des Projekts mit einer Begründung des Förderbedarfs und der erwarteten Wirkung unter Bezugnahme auf die in Ziffer 4.3.1 genannten Ziele,
- 4.3.1.2 Eine Darstellung der Wirtschaftlichkeit des Projekts. Die geplante Maßnahme muss klar vom laufenden Betrieb und anderen Maßnahmen des Akzelerators abgegrenzt sein.
- 4.3.2 Mit dem Antrag ist folgendes nachzuweisen:
- 4.3.2.1 Ein für die Unterstützung von Startups beziehungsweise für Akzeleratoren typisches Leistungsangebot gemäß Ziffer 3.1 Absatz 2;
- 4.3.2.2 Die gesicherte Gesamtfinanzierung des geplanten Projektes sowie Nachweis der eingeplanten Eigen- und Drittmittel;
- 4.3.2.3 Die operative Tätigkeit der Einrichtung besteht seit mindestens zwölf Monaten vor Antragstellung;
- 4.3.2.4 Seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit wurden mindestens fünf Startups betreut;
- 4.3.2.5 Fachliche Kompetenz/Referenzen des Projektteams zum Betreiben eines Akzelerators;
- 4.3.2.6 Mietvertrag oder Eigentumsnachweis der genutzten Räumlichkeiten, mindestens während der Projektlaufzeit.
- 4.4 Modul 3
- 4.4.1 Das Startup ist gegründet und hat seinen Sitz im Freistaat Sachsen.
- 4.4.2 Startups, die die Räumlichkeiten, Einrichtungen und Tätigkeiten eines Akzelerators nutzen, müssen funktionell und rechtlich unabhängig vom Betreiber des Akzelerators sein.
- 4.4.3 Das Startup legt vor:
- 4.4.3.1 eine Darstellung des Geschäftsmodells
- 4.4.3.2 eine Meilensteinplanung, Beschreibung des Pilotprojekts oder der Startup Challenge, zu deren Umsetzung Förderung nach dieser Richtlinie in Anspruch genommen werden soll,
- 4.4.3.3 eine gemeinsame Förderempfehlung des Betreibers des Akzelerators und eines Coaches/Mentors. Die Förderempfehlung enthält eine Bewertung des Startups anhand folgender Kriterien:
- 4.4.3.3.1 Das Startup wurde in einem wettbewerblichen Verfahren in den Akzelerator aufgenommen,
- 4.4.3.3.2 verfolgt ein wirtschaftlich tragfähiges und nachhaltiges Geschäftsmodell,
- 4.4.3.3.3 hat ein geeignetes Gründerteam
- 4.4.3.3.4 verfügt mit technologieorientiertem oder wissenschaftlichem Geschäftsmodell über ein Alleinstellungsmerkmal durch Technologieintensität und Neuigkeit,
- 4.4.3.3.5 hat ein hohes Wachstumspotential und adressiert einen großen/spezifischen Markt oder
- 4.4.3.3.6 verfügt bei einem wirkungsorientierten Ansatz (Impact-Gründungen) über ein Alleinstellungsmerkmal durch ein innovatives ökologisches oder soziales Geschäftsmodell.
- 4.4.3.4 Die Voraussetzung eines Nachhaltigkeitsansatzes ist erfüllt, wenn eines der nachfolgenden ökologischen oder sozialen Kriterien zutrifft:
- umweltgerechtes Produktdesign beziehungsweise,

- umweltgerechtes Dienstleistungsangebot (je nach Branche),
 - Ausrichtung auf ökologisch nachhaltige, zukunftsfähige, klimafreundliche und innovative Technologien,
 - Nachwuchsförderung,
 - Vereinbarkeit Beruf und Familie (im Sinne von flexibler und ortsungebundener Arbeit) oder
 - Chancengleichheit.
- 4.5 Zum Ausschluss von Doppelförderungen ist eine Kombination dieser Zuwendungen mit Zuwendungen aus anderen Förderprogrammen zur Finanzierung derselben förderfähigen Ausgaben oder des Eigenanteils nicht zulässig.
- 5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung**
- 5.1. Art
- 5.1.1 Zuwendungsart: Projektförderung
- 5.1.2 Finanzierungsart: Anteilfinanzierung
- 5.1.3 Form: Zuschuss
- 5.2. Umfang
- 5.2.1 Zuwendungsfähig sind in Modul 1
- 5.2.1.1 direkt vorhabenbezogene Personalausgaben/-kosten
 Personalkosten werden bei Eigenpersonal als personenbezogene vereinfachte Kostenoption (VKO) auf Basis eines vorab festgelegten für den Bewilligungszeitraum geltenden Satzes je Einsatzstunde oder Einsatzmonat (Kosten je Einheit) abgerechnet. Die Höhe der VKO richtet sich nach dem tatsächlich gezahlten Entgelt laut Lohn-/Gehaltsnachweis oder dem Arbeitsvertrag zuzüglich einer VKO für den Arbeitgeberanteil zu den Sozialversicherungsbeiträgen. Zur Berechnung der VKO je Einsatzstunde wird eine Jahresstundenzahl von 1 720 Stunden zu Grunde gelegt. Bei ohne feste Entlohnung tätigen Unternehmern kann die nachgewiesene Entlohnung maximal in Höhe des Gehalts eines Mitarbeiters mit vergleichbarer Qualifikation und Erfahrungsstufe berücksichtigt werden. Die VKO wird jährlich an Änderungen von Entgeltbestandteilen wie Umlagen der sächsischen Krankenkassen oder Zusatzbeiträge angepasst. Die konkreten Regelungen sind auf der Internetseite der Bewilligungsstelle veröffentlicht (www.sab.sachsen.de).
- 5.2.1.2 Investitionen in materielle und immaterielle Wirtschaftsgüter
- Geschäfts- und Büroausstattung,
 - technische Ausrüstungsgegenstände, die den Umfang von bis zu 30 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben nicht überschreiten sollen,
 - Gebühren für Nutzungsrechte.
- 5.2.1.3 Sachausgaben, Fremdleistungen für
- das Erstellen und Umsetzen von Konzeptionen für strukturierte und individuelle Coaching-, Mentoring- sowie Beratungsangebote für Startups,
 - Verfahren zur Auswahl der Startups,
 - bezogene Leistungen externer Coaches, Mentoren und Mentorinnen,
 - die Vernetzung und den Kooperationsaufbau, insbesondere den Aufbau eines Partnernetzwerks,
 - die Unterstützung der Internationalisierung von Startups,
- Marktanalysen und Marketing für den Akzelerator,
 - die Organisation von Aus- und Weiterbildung, Konferenzen, Workshops und Veranstaltungen zur Förderung des Wissensaustauschs sowie der transnationalen Zusammenarbeit.
- 5.2.2 Zuwendungsfähig sind in Modul 2
- 5.2.2.1 direkt vorhabenbezogene Personalausgaben/-kosten entsprechend Ziffer 5.2.1.1
- 5.2.2.2 Investitionen in materielle und immaterielle Wirtschaftsgüter
- technische Ausrüstungsgegenstände, die den Umfang von bis zu 30 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten nicht überschreiten sollen,
 - Gebühren für Nutzungsrechte
- 5.2.2.3 Sachausgaben, Fremdleistungen für
- die Verbesserung beziehungsweise Weiterentwicklung der eigenen internen Prozesse (zum Beispiel in Bezug auf Scouting/Due Dilligence zur Auswahl von Startups), des eigenen Geschäftsmodells oder der eigenen internen Organisation,
 - Weiterentwicklung und Umsetzung innovativer Angebote für Startups, zum Beispiel neue Coaching-, Mentoring- oder Beratungskonzepte,
 - Veranstaltungs-, Partnering-, oder Internationalisierungskonzepte,
 - thematische Spezialisierung des Akzelerators,
 - die Erweiterung der Kapazität oder der Reichweite des Angebots einschließlich digitaler und virtueller Angebote,
 - bezogene Leistungen externer Coaches, Mentoren und Mentorinnen
 - die Vernetzung und den Kooperationsaufbau, insbesondere den Aufbau oder die Weiterentwicklung eines Partnernetzwerkes,
 - die Unterstützung der Internationalisierung von Startups,
 - Marktanalysen, Marketing für den Akzelerator,
 - die Organisation von Aus- und Weiterbildung, Konferenzen, Workshops und Veranstaltungen zur Förderung des Wissensaustauschs sowie der transnationalen Zusammenarbeit,
 - indirekte Kosten.
- 5.2.3 Zuwendungsfähig sind in Modul 3 Personalkosten und -ausgaben, Investitions- und Sachausgaben, die zur Durchführung eines Meilensteinplans des Startups, eines Pilotprojekts oder einer Startup Challenge während des Aufenthalts im Akzelerator zwingend erforderlich sind. Bei ohne feste Entlohnung tätigen Unternehmern kann die nachgewiesene Entlohnung maximal in Höhe des Gehalts eines Mitarbeiters mit vergleichbarer Qualifikation und Erfahrungsstufe berücksichtigt werden.
- 5.2.4. Nicht zuwendungsfähig sind:
- 5.2.4.1 Investitionen in bauliche Infrastruktur und reine Immobilienprojekte, das heißt Büro-, Labor- oder Produktionsräume ohne darüberhinausgehende Angebote sowie „virtuelle Zentren“ ohne Präsenzbetreuung von Startups,
- 5.2.4.2 Kosten, die der Akzelerator Startups für seine Leistung in Rechnung stellt (Modul 3),
- 5.2.5 Dauer der Förderung
- 5.2.5.1 Akzeleratoren werden im jeweiligen Modul nicht länger als 36 Monate gefördert.
- 5.2.5.2 Startups werden während der Betreuung durch einen nach dieser Förderrichtlinie geförderten Akzelerator gefördert.

- | | |
|--|--|
| <p>5.3 Höhe</p> <p>5.3.1 Indirekte Kosten werden in Höhe von 7 Prozent der zuwendungsfähigen direkten Ausgaben anerkannt (Modul 2).</p> <p>5.3.2 Der Fördersatz beträgt</p> <ul style="list-style-type: none"> – Modul 1 und 2: 50 Prozent, – Modul 3: 90 Prozent <p>5.3.3 Die maximale Zuwendung beträgt</p> <ul style="list-style-type: none"> – Modul 1: 900 000 Euro für neue Akzeleratoren, – Modul 2: 600 000 Euro für bestehende Akzeleratoren, – Modul 3: 30 000 Euro für Startups. <p>6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen</p> <p>6.1 Das Programm des neuen Akzelerators für die erste Startup-Klasse ist innerhalb von zwölf Monaten ab Bewilligung zu starten.</p> <p>6.2 Falls Startups durch vergünstigte Leistungen des Akzelerators ein Vorteil nach den Vorgaben der De-minimis-Verordnung entsteht, erhalten sie dafür von der Bewilligungsstelle eine De-Minimis-Bescheinigung.</p> <p>6.3 Werden mit der Zuwendung Gegenstände erworben oder hergestellt, gilt eine Zweckbindungsfrist von drei Jahren für Akzeleratoren und für Startups von einem Jahr.</p> <p>7. Verfahren</p> <p>7.1 Modul 1 wettbewerbliches Vorverfahren:</p> <p>7.1.1 Dem Antrag neuer Akzeleratoren ist ein wettbewerbliches Auswahlverfahren vorgeschaltet. Das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr veröffentlicht dazu Aufrufe, bis zu einem benannten Stichtag Konzepte gemäß Ziffer 4.2 einzureichen. Das Konzept ist bei der im Projektauftrag genannten Stelle einzureichen. Nähere Informationen enthalten die Aufrufe, die auf der Webseite der Sächsischen Aufbaubank und über weitere öffentlich zugängliche Wege veröffentlicht werden.</p> <p>7.1.2 Das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr kann ein Gremium einberufen, das die Förderwürdigkeit der Konzepte anhand der im Projektauftrag genannten Kriterien beurteilt. Das Ministerium beruft Vertreterinnen und Vertreter des Gründerökosystems und der Bewilligungsstelle in das Gremium. Das Gremium gibt sich eine Geschäftsordnung.</p> <p>7.1.3 Die ausgewählten Einrichtungen reichen einen Antrag nach den im Projektauftrag genannten Anforderungen und Fristen ein.</p> | <p>7.2 Antragsverfahren</p> <p>7.2.1 Anträge für Modul 2 oder Modul 3 können fortlaufend bei der Bewilligungsstelle eingereicht werden.</p> <p>7.2.2 Erstmals geförderte neue Akzeleratoren können nach dem Ende des Bewilligungszeitraums einen Antrag auf Zuwendung als bestehender Akzelerator nach den Voraussetzungen für Modul 2 stellen. Anträge sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) als zuständige Bewilligungsstelle einzureichen. Die vollständige Aufstellung aller Unterlagen, die dem Antrag beizufügen sind, ist im Internet unter www.sab.sachsen.de abrufbar. Die Antragstellung erfolgt auf elektronischem Weg über das Internet-Portal bei der Sächsischen Aufbaubank (SAB).</p> <p>7.2.3 Mit dem Antrag sind Nachweise für die Zuwendungsvoraussetzungen einzureichen.</p> <p>7.2.4 Für das Modul 3 beschreiben Startups den Zweck, für den sie die Zuwendung verwenden wollen, reichen einen Finanzierungsplan sowie die befürwortende Stellungnahme ein.</p> <p>7.2.5 Mit der Antragstellung wird das Einverständnis erklärt, dass die im Antragsverfahren erhobenen Daten elektronisch gespeichert und für statistische Zwecke sowie für die wissenschaftliche Begleitung ausgewertet und die Auswertungsergebnisse anonymisiert veröffentlicht werden.</p> <p>7.3 Auszahlungsverfahren:
Abweichend vom Erstattungsprinzip gemäß Ziffer 6.3.2 der EU-Rahmenrichtlinie ist in Modul 3 die Auszahlung im Voraus gemäß Ziffer 1.7 NBest-EU zugelassen.</p> <p>7.4 Verwendungsnachweisverfahren</p> <p>7.4.1 Abweichend von Ziffer 6.1 NBest-EU wird für das Modul 3 kein Zwischennachweis verlangt.</p> <p>7.4.2 Die tatsächlichen Ausgaben sind nachzuweisen. Der Nachweis der indirekten Kosten erfolgt über die direkten zuwendungsfähigen Ausgaben als Bezugseinheit.</p> <p>7.4.3 Für die direkten förderfähigen Personalkosten im Rahmen der personenbezogenen Personalkostenpauschale (Modul 1 und 2) sind die tatsächlich erbrachten Bezugseinheiten (Einsatzmonat beziehungsweise Einsatzstunde) nachzuweisen.</p> <p>8. Inkrafttreten
Diese Förderrichtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2029 außer Kraft.</p> |
|--|--|

Dresden, den 3. Mai 2023

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Martin Dulig

Anlage

Sofern die Maßnahmen als staatliche Beihilfen auf Grundlage der AGVO gefördert werden, sind ergänzend zu den Vorgaben dieser Förderrichtlinie die nachfolgenden Punkte zu beachten.

1. Anwendbare Freistellungstatbestände

Eine Förderung kann gewährt werden

- a) an Betreiber von Akzeleratoren auf der Grundlage von Artikel 27 AGVO,
- b) an von oder in Akzeleratoren betreute Startups auf der Grundlage von Artikel 18, 22. 28 AGVO.

2. Förderverbot (Artikel 1 AGVO)

Von der Förderung ausgeschlossen sind Unternehmen beziehungsweise Sektoren in den Fällen des Artikel 1 Absatz 2 bis 5 AGVO.

3. Deggendorf-Klausel (Artikel 1 Absatz 4 Buchstabe a AGVO)

Einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, darf keine Förderung nach dieser Förderrichtlinie gewährt werden.

4. Beachtung der Anmeldeschwelle (Artikel 4 AGVO)

Bei der Bewilligung der Einzelvorhaben ist die Anmeldeschwelle gemäß Artikel 4 Buchstabe h AGVO zu beachten, das heißt eine Anmeldung bei der Kommission ist erforderlich, wenn die in Artikel 22 Absatz 3, 4 und 5 AGVO genannten Beträge pro Unternehmen überschritten werden.

5. Transparenz (Artikel 5 AGVO)

Die Förderung nach dieser Förderrichtlinie erfolgt in Form von Zuschüssen.

6. Anreizeffekt (Artikel 6 AGVO)

Der Beihilfeempfänger muss vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben oder die Tätigkeit den schriftlichen Förderantrag gestellt haben. Dieser muss mindestens die folgenden Angaben enthalten:

- Name und Größe des Unternehmens
- Beschreibung des Vorhabens mit Angabe des Beginns und des Abschlusses,
- Standort des Vorhabens
- die Kosten des Vorhabens
- Art der Beihilfe (zum Beispiel Zuschuss) und
- Höhe der für das Vorhaben benötigten öffentlichen Finanzierung.

7. Berechnung von Beihilfeintensität und beihilfefähigen Kosten (Artikel 7 AGVO)

Für die Berechnung der Beihilfeintensität und der beihilfefähigen Kosten werden die Beträge vor Abzug von Steuern und sonstigen Abgaben herangezogen. Die beihilfefähigen Kosten sind durch schriftliche Unterlagen zu belegen, die klar, spezifisch und aktuell sein müssen.

8. Kumulierungsregel (Artikel 8 AGVO)

Auf der Grundlage der AGVO gewährte staatliche Beihilfen können mit anderen staatlichen Beihilfen kumuliert werden, sofern diese Maßnahmen unterschiedliche bestimmbare beihilfefähige Kosten betreffen.

Mit anderen staatlichen Beihilfen für dieselben, sich teilweise oder vollständig überschneidenden beihilfefähigen Kosten ist eine Kumulation zulässig, wenn durch diese Kumulierung die höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfeintensität beziehungsweise der höchste nach der AGVO für diese Beihilfen geltende Beihilfebetrags nicht überschritten wird.

9. Beihilfefähige Kosten nach Artikel 22 AGVO

Beihilfefähig sind Anlaufbeihilfen im Sinne des Artikel 22 Absatz 3 bis 5 AGVO.

10. Beihilfehöchstintensitäten bei Artikel 22 AGVO

Die Beihilfehöchstintensitäten gemäß Artikel 22 AGVO betragen:

Anlaufbeihilfen als Zuschüsse		
	pro Unternehmen generell	pro Unternehmen in c-Fördergebieten
Artikel 22 Absatz 3 Buchstabe c AGVO	0,4 Millionen Euro	0,6 Millionen Euro
Artikel 22 Absatz 5 AGVO: Erhöhungsmöglichkeiten für „kleine und innovative Unternehmen“	0,8 Millionen Euro	1,2 Millionen Euro

Ein Beihilfeempfänger kann durch eine Kombination der in Artikel 22 Absatz 3 AGVO genannten Beihilfeinstrumente Unterstützung erhalten, wenn der Anteil der durch ein Beihilfeinstrument gewährten Unterstützung, der auf der Grundlage des für das betreffende Instruments zulässigen Beihilfehöchstbetrags berechnet wird, bei der Ermittlung des restlichen Anteils an dem für die anderen in einer solchen Kombination enthaltenen Beihilfeinstrumente zulässigen Beihilfehöchstbetrag berücksichtigt wird, vergleiche Artikel 22 Absatz 4 AGVO.

11. Veröffentlichung (Artikel 9 AGVO)

Informationen über jede Einzelbeihilfe von über 500 000 Euro werden gemäß Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe c in Verbindung mit Anhang III der AGVO auf einer ausführlichen Beihilfe-Website veröffentlicht.

12. Geltungsdauer der AGVO (Artikel 58 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 59 AGVO)

Die Freistellungstatbestände der AGVO gelten vorerst bis zum 31. Dezember 2023 zuzüglich einer Anpassungsperiode von sechs Monaten, mithin bis zum 30. Juni 2024.

Sollte die AGVO nicht verlängert oder durch eine neue AGVO ersetzt werden, oder werden relevante inhaltliche Veränderungen der derzeitigen AGVO vorgenommen, wird die Förderrichtlinie zur Einhaltung der neuen Vorgaben entsprechend überarbeitet werden.

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds Plus im Förderzeitraum 2021 bis 2027

Vom 2. Mai 2023

Der Europäische Sozialfonds Plus (ESF Plus) ist darauf ausgerichtet, Mitgliedstaaten und Regionen dabei zu unterstützen, einen hohen Beschäftigungsgrad, einen fairen Sozialschutz und qualifizierte und resiliente Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für die Arbeitswelt der Zukunft gerüstet sind, zu erreichen sowie inklusive und von Zusammenhalt geprägte Gesellschaften, die die Beseitigung der Armut anstreben und den Grundsätzen der proklamierten europäischen Säule sozialer Rechte genügen, zu schaffen.

Der ESF Plus wird im Rahmen des durch die Europäische Kommission genehmigten Programms des Freistaates Sachsen für den ESF Plus im Förderzeitraum 2021–2027 umgesetzt. Die Förderung erfolgt auf der Grundlage von ESF Plus-Fachrichtlinien der fondsbewirtschaftenden Staatsministerien im Rahmen folgender spezifischer Ziele:

- Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung und Aktivierungsmaßnahmen für alle Arbeitssuchenden, insbesondere für junge Menschen, vor allem durch die Umsetzung der Jugendgarantie, für Langzeitarbeitslose und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen sowie von Nichterwerbspersonen, sowie durch die Förderung selbstständiger Erwerbstätigkeit und der Sozialwirtschaft;
- Förderung einer ausgewogenen Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern, gleicher Arbeitsbedingungen sowie einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, unter anderem durch Zugang zu erschwinglicher Kinderbetreuung und zu Betreuungsleistungen für abhängige Personen;
- Förderung der Anpassung von Arbeitskräften, Unternehmen und Unternehmern an den Wandel, Förderung eines aktiven und gesunden Alterns sowie einer gesunden und angemessenen Arbeitsumgebung, die Gesundheitsrisiken Rechnung trägt;
- Verbesserung der Qualität, Inklusivität, Leistungsfähigkeit und Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, unter anderem durch die Validierung nichtformalen und informellen Lernens, um den Erwerb von Schlüsselkompetenzen, einschließlich unternehmerischer und digitaler Kompetenzen zu unterstützen, und durch die Förderung der Einführung dualer Ausbildungssysteme und von Lehrlingsausbildungen;
- Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu hochwertiger und inklusiver allgemeiner und beruflicher Bildung einschließlich des entsprechenden Abschlusses, insbesondere für benachteiligte Gruppen, von der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung über die allgemeine Bildung und die berufliche Aus- und Weiterbildung bis hin zur höheren Bildung und Erwachsenenbildung, sowie Erleichterung der Lernmobilität für alle und der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen;
- Förderung der aktiven Inklusion mit Blick auf die Verbesserung der Chancengleichheit, Nichtdiskriminierung und der aktiven Teilhabe sowie Erhöhung der Beschäfti-

gungsfähigkeit, insbesondere von benachteiligten Gruppen.

Die bereichsübergreifenden Grundsätze der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung, der Gleichstellung der Geschlechter und der nachhaltigen Entwicklung im Sinne des Umwelt- und Ressourcenschutzes sowie die Charta der Grundrechte der Europäischen Union gemäß Artikel 9 der Verordnung (EU) 2021/1060 und Artikel 6 der Verordnung (EU) 2021/1057 sind im Förderverfahren bei der Umsetzung der Vorhaben im ESF Plus zu beachten.

Ansprechpartner für Beratung und Antragstellung sowie Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – (SAB)

Pirnaische Straße 9

01069 Dresden

Telefon 0351 4910-4930

Telefax 0351 4910-4000

E-Mail: servicecenter@sab.sachsen.de

Internet: www.sab.sachsen.de

Die SAB veröffentlicht auf der Grundlage der ESF Plus-Fachrichtlinien auf ihrer Internetseite Informationen zur Förderung, die in Förderbausteinen die jeweiligen Vorhabensbereiche näher erläutern. Informationen zur Beachtung der bereichsübergreifenden Grundsätze werden ebenfalls durch die Bewilligungsstelle veröffentlicht.

In den jeweiligen ESF Plus-Fachrichtlinien wird das Verfahren der Auswahl der Vorhaben genauer geregelt. Möglich sind ein laufendes Antragsverfahren oder Verfahren mit Projektaufrufen beziehungsweise öffentlichen Bekanntmachungen (zum Beispiel im Sächsischen Amtsblatt oder auf der Internetseite der Bewilligungsstelle) mit Stichtagen. Das Auswahlverfahren kann einstufig oder zweistufig durchgeführt werden. Beim zweistufigen Auswahlverfahren werden in der Regel Vorhabensideen einer fachlich-inhaltlichen Vorprüfung unterzogen, bevor die eigentliche Antragsstellung erfolgt. Soweit im Förderverfahren vorgesehen, werden Stellungnahmen von Fachstellen dabei hinzugezogen.

Die Bewertung erfolgt anhand der nachfolgenden Kriterien:

1. Ziele des Vorhabens (25 Prozent)
 - Ausgangssituation, Bedarf,
 - regionaler Bezug, arbeitsmarktpolitische Bedeutung
 - konkrete Zielbeschreibung
 - inhaltliche Abgrenzung zu anderen Vorhaben
 - Darstellung der Zielgruppe beziehungsweise der Teilnehmer
 - Erfahrungen des Projektträgers mit der Zielgruppe und im Vorhabensbereich
 - Referenzen, Berücksichtigung vorhandener Ergebnisse aus Vorprojekten

2. Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)

- Beschreibung der Arbeitspakete
- Beschreibung der Methoden
- Beschreibung des Eingehens auf spezifische Anforderungen
- Zeitliche Gliederung, Meilensteinplan, Lehrplan
- Verantwortlichkeiten
- Kooperationsstruktur, gegebenenfalls Mitfinanzierung von Dritten
- Inhaltliche Kompetenz des Antragstellers und des geplanten Personals
- Maßnahmen zur Qualitätssicherung

3. Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)

- Benennung zu erwartender Ergebnisse
- Dokumentation der Ergebnisse
- Vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit
- Art und Weise des Transfers in die Arbeits- und Unternehmenspraxis
- Aussagen zur Fortführung (ohne Förderung), Nachnutzung von Ergebnissen

4. Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)

- Gesamtausgaben/-kosten des Vorhabens, angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz, Angabe der Herkunft der zu erbringenden Eigenmittel und/oder Drittmittel (sofern zutreffend)
- Effektivität der Methoden der Zielerreichung
- Anzahl der Teilnehmer/Projekte

Wenn die geplanten Vorhaben mit besonderen Maßnahmen zur Umsetzung des bereichsübergreifenden Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung beitragen, können diese bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt werden.

Sofern eine positive Stellungnahme einer lokalen Arbeitsgruppe (LAG) zu Vorhaben, die der lokalen Entwicklung in den anerkannten LEADER-Gebieten dienen sollen, vorliegt, wird diese ebenfalls berücksichtigt.

Bei gleicher Bewertung mehrerer Vorhaben werden durch das Auswahlgremium weitere relevante Kriterien bei der Auswahl herangezogen, die sich aus den Spezifika der Vorhabensbereiche ergeben und dokumentiert werden.

Auf eine Förderung im Rahmen des ESF Plus-Programms besteht kein Rechtsanspruch. Der Bewilligungsstelle obliegt die Entscheidung über die Auswahl der kofinanzierten Vorhaben. Dabei steht ihr, wo rechtlich möglich, ein Ermessen über die anzuwendenden Verfahren und Kriterien zu.

Potenzielle Antragsteller werden aufgefordert, sich bei der Bewilligungsstelle beraten zu lassen und je nach Freigabe der Antragstellung entsprechende Förderanträge einzureichen.

Diese regelmäßige Veröffentlichung dient der Umsetzung eines offenen, transparenten und bedingungsfreien Auswahlverfahrens für den ESF Plus im Freistaat Sachsen.

Dresden, den 2. Mai 2023

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Marth
Referatsleiterin

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über einen Förderaufruf zur Teilnahme am Wettbewerbsverfahren für tschechisch-sächsische FuE-Verbundprojekte zur FRL EFRE/JTF-Technologieförderung 2021 bis 2027

Vom 19. Mai 2023

Der Freistaat Sachsen beabsichtigt, mit diesem Aufruf tschechisch-sächsische FuE-Verbundprojekte gemäß Großbuchstabe B Ziffer I Nummer 6.2 der FRL EFRE/JTF-Technologieförderung 2021 bis 2027 vom 20. Dezember 2022 (SächsABl. 2023 S. 7) auszuwählen und zu fördern. Soweit in diesem Förderaufruf nichts Anderes ausgeführt wird, gelten die Bestimmungen der FRL EFRE/JTF-Technologieförderung 2021 bis 2027.

Die gemeinsamen FuE-Projekte tschechischer und sächsischer Partner sollen mittels grenzüberschreitender Kooperation die Internationalisierung und damit die Innovationskraft sowie die Wettbewerbsfähigkeit sächsischer Unternehmen stärken.

Die Förderung dient der Umsetzung der Innovationsstrategie des Freistaates Sachsen und zielt auf die bestmögliche Ausschöpfung von Innovationspotenzialen.

I. Wer wird gefördert?

Zuwendungsempfänger können KMU der gewerblichen Wirtschaft mit einer Betriebsstätte im Freistaat Sachsen sein und im Verbund¹ mit diesen auch große Unternehmen² der gewerblichen Wirtschaft mit einer Betriebsstätte im Freistaat Sachsen und Forschungseinrichtungen im Freistaat Sachsen.

II. Was wird gefördert?

Gefördert werden tschechisch-sächsische FuE-Projekte mit einem frühesten Beginn zum 1. Januar 2024 und einem Vorhabenszeitraum von bis zu 24 Monaten.

Die geplanten FuE-Projekte für den vorliegenden Aufruf müssen sich mit dem folgenden Thema befassen:

Intelligente, sichere, nachhaltige und resiliente Mobilität und Verkehrssysteme für Personen und Güter

Insbesondere werden FuE-Projekte zu folgenden Themenbereichen zu einer Beteiligung an diesem Förderaufruf aufgerufen:

- Technologien und Systeme für vernetzte, kooperative und automatisierte Mobilität (CCAM)
- Physische und digitale Infrastrukturen zur Unterstützung von CCAM

- Sicherer, effizienter und multimodaler Verkehr
- Nachhaltige und klimaneutrale Mobilität
- Mobility-as-a-Service-Lösungen
- Lösungen für Datenzugang, Datenmanagement und Datenaustausch

III. Einschränkung der Beteiligung

Am Vorhaben muss zwingend mindestens ein Unternehmen mit Sitz oder Betriebsstätte in Tschechien sowie mindestens ein KMU mit Sitz oder Betriebsstätte im Freistaat Sachsen beteiligt sein.

IV. Wie wird gefördert?

Der tschechische Projektteil wird nach den Vorgaben der Tschechischen Technologieagentur gefördert. Der sächsische Projektteil wird nach den Vorgaben für FuE-Verbundvorhaben der FRL EFRE/JTF-Technologieförderung 2021 bis 2027 gefördert. Für die sächsischen Antragsteller eines solchen tschechisch-sächsischen Verbundprojektes wird ein Fördersatzaufschlag von 15 Prozentpunkten gemäß Großbuchstabe B Ziffer I Nummer 4.8 der FRL EFRE/JTF-Technologieförderung 2021 bis 2027 bei Vorliegen einer wirksamen Zusammenarbeit auch unter Berücksichtigung der tschechischen Verbundpartner gewährt. Die Zusammenarbeit miteinander verbundener Unternehmen gilt nicht als wirksame Zusammenarbeit. Darüber hinaus wird für Projekte der sächsischen Antragsteller, die im Rahmen dieses Aufrufs gefördert werden, ein Fördersatzaufschlag von 5 Prozentpunkten gemäß Großbuchstabe B Ziffer I Nummer 4.9 der FRL EFRE/JTF-Technologieförderung 2021 bis 2027 gewährt.

Der Freistaat Sachsen gewährt die Zuwendung im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses. Für die Förderung werden EU-Strukturfondsmittel und Mittel des Freistaates Sachsen zur Kofinanzierung eingesetzt. Für diesen Aufruf kalkuliert das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mit einem Fördermittelbudget von insgesamt bis zu 5 000 000 Euro.

V. Ablauf

Vor Bewilligung der Zuwendung ist ein Wettbewerbsverfahren zu durchlaufen. Ein Anspruch auf Förderung entsteht daraus nicht.

Die Antragstellung erfolgt in einem zweistufigen Verfahren, in der 1. Stufe ist eine Vorhabenidee mit einer Vorhabenbeschreibung nach der Gliederung gemäß SAB-Vor-

¹ „Verbund“ im Sinne einer „wirksamen Zusammenarbeit“ gemäß Artikel 2 Absatz 90 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung

² Große Unternehmen im Sinne dieser Richtlinie sind Unternehmen, die die Kriterien zur Einstufung als KMU gemäß Anhang I der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung nicht erfüllen

druck Nummer 63131, zusammen mit einer gemeinsamen englischsprachigen Beschreibung des Vorhabens der tschechischen und sächsischen Partner (Common Proposal) einzureichen.

Vorhabenideen sind bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – online über das Förderportal der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – einzureichen (<https://www.sab.sachsen.de/efre/jtf-forschung-und-entwicklung-projektförderung-fue-projektförderung-2021-bis-2027>). Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – ist Bewilligungsstelle sowie Ansprechpartner für die Beratung und Antragstellung.

Die Frist zur Einreichung der Vorhabenidee beginnt mit Bekanntmachung dieses Aufrufs am 19. Mai 2023 und endet am 19. Juli 2023. Es zählt das Datum des Eingangs der vollständigen Unterlagen bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –.

Nach Prüfung der Erfüllung der Fördervoraussetzungen werden die Antragsteller in der 2. Stufe von der SAB zur Einreichung eines förmlichen Förderantrags aufgefordert.

Die eingereichten Anträge stehen untereinander im Wettbewerb. Über die Anträge entscheidet bis November 2023 das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und die Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – in Abstimmung mit der Tschechischen Technologieagentur. Das Auswahlergebnis wird den Interessenten schriftlich mitgeteilt.

Angaben zu den Förderkonditionen für den tschechischen Projektteil sind unter: <https://www.tacr.cz/en/delta-2-programme/> zu finden.

VI. Formerfordernis

Im Förderportal der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – ist eine Vorhabenidee mit einer Vorhabenbeschreibung nach der Gliederung gemäß SAB-Vordruck Nummer 63131, für ein FuE-Verbundprojekt mit Verweis auf diesen Aufruf und unter Nennung der tschechischen Partner einzureichen. Die Vorlage des mit der Vorhabenidee einzureichenden Common Proposal aller tschechischen und sächsischen Partner wird auf der Website der SAB zur Verfügung gestellt (<https://www.sab.sachsen.de/efre/jtf-forschung-und-entwicklung-projektförderung-fue-projektförderung-2021-bis-2027>) und ist als unterzeichnetes PDF der Vorhabenidee beizufügen.

Im Übrigen gelten die Regelungen der FRL EFRE/JTF-Technologieförderung 2021 bis 2027.

VII. Bewertung

Die eingereichten Projektanträge werden nach den folgenden Kriterien bewertet:

- Übereinstimmung der Projektidee mit den Zielen und Schwerpunkten des EFRE/JTF-Programms des Freistaates Sachsen für den Förderzeitraum 2021 bis 2027 und der sächsischen Innovationsstrategie 2020
- Qualität der Problembeschreibung und des vorgesehenen Lösungsweges im Verhältnis zum Stand der Technik (Innovationsgrad)
- Projekte mit überdurchschnittlich hohem wissenschaftlichen und technischen Risiko
- Kompetenz der Antragsteller
- Beitrag zur Steigerung der Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit sächsischer Unternehmen
- Beitrag zur Verbesserung der Umweltbedingungen
- Aussagen zum Verwertungspotenzial der geplanten Entwicklung (Marktanalyse, erwarteter wirtschaftlicher Output aus den Projektergebnissen).

Dresden, den 5. Mai 2023

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Referat 37 Technologie
Heike Hempel
Referatsleiterin

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt über einen Aufruf zur Interessenbekundung zur Förderung von Sozialen Orten nach der FRL Orte

Vom 28. April 2023

1. Vorbemerkung

Im Koalitionsvertrag 2019 bis 2024 „Gemeinsam für Sachsen“ wurde vereinbart, Soziale Orte und Orte der Demokratie zu etablieren.

Ziele sind vor allem die Stärkung des lokalen Gemeinwesens und der Demokratiearbeit sowie die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wegen des Sachzusammenhangs und der gemeinsamen Zielrichtung erschien es sinnvoll, die beiden Vorhaben in einer gemeinsamen Richtlinie zu bündeln.

Soziale Orte sollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, indem sie im öffentlichen kommunalen Raum Orte der Begegnung, der Kommunikation und der sozialen Dienstleistung etablieren (vergleiche Koalitionsvertrag Seite 92).

Das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ruft mit dieser Bekanntmachung zur Interessenbekundung nur für den Richtlinienenteil 2, Teil A: Landesprogramm Soziale Orte, der FRL Orte vom 22. Juni 2021, (SächsABl. S. 874) auf.

Für den Teil B: Landesprogramm Orte der Demokratie erfolgt eine Bekanntmachung durch das Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung.

2. Anlass der Förderung

Der demografische Wandel zeigt in Sachsen massive Auswirkungen, insbesondere im ländlichen Raum. Demgegenüber zeigt sich in den städtischen Zentren Sachsens, insbesondere in Leipzig und Dresden, eine zunehmende urbane Segregation zwischen begehrten Wohnlagen und benachteiligten Quartieren.

In der Fläche sorgen Abwanderung und demografische Entwicklung zu einer stetigen Verringerung sowohl der öffentlichen als auch der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur. Zurück bleiben überwiegend ältere Menschen, es fehlen die Familien und die aktiven jungen Erwachsenen.

Zentrale Orte des sozialen Miteinanders im ländlichen Raum, wie Geschäfte, Gaststätten oder Kirchen, sind verwaist. Ohne Orte der (zufälligen) Begegnung nimmt kurzfristig der Austausch innerhalb der Dorfgemeinschaft ab. Langfristig wird damit

der innere Zusammenhalt und die Vitalität der Gemeinde geschwächt. Damit kann das vorhandene Potenzial für bürgerschaftliches Engagement nicht ausgeschöpft werden.

Zivilgesellschaftliche Strukturen wie Vereine oder Kirchgemeinden verlieren Nachwuchs und engagierte Mitglieder, auch, weil Berufstätige durch lange Pendelwege zu ihren Arbeitsplätzen zeitlich stark gefordert sind. Die Menschen verlieren das Gefühl, etwas ausrichten zu können.

In städtischen benachteiligten Quartieren belasten soziale Problemlagen den Zusammenhalt und lassen den Bewohnerinnen und Bewohnern zu wenig Ressourcen für lebendiges bürgerschaftliches Engagement.

Die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Förderung von Orten der sozialen Begegnung und des Engagements, das heißt von sogenannten „Sozialen Orten“, ist deshalb dringend geboten.

3. Ziele der Förderung

Ziel der Zuwendung ist die Stärkung des lokalen Gemeinwesens. Der Schwerpunkt liegt auf entwicklungsbedürftigen Räumen, vor allem im ländlichen Bereich, aber auch benachteiligte¹ Quartiere in Städten werden gefördert. Durch die Zuwendung können vornehmlich lokale Gruppen darin unterstützt werden, Orte der Begegnung und des Austausches zu etablieren. Mit der Schaffung von Sozialen Orten soll vorhandenes bürgerschaftliches Engagement gestärkt und stabilisiert werden.

Es wird der Aufbau Sozialer Orte, aber auch die Erweiterung bereits bestehender Orte angestrebt, zum Beispiel die Nutzung eines Dorfgemeinschaftshauses als Ort des Gemeinwesens.

Soziale Orte werten vor allem den ländlichen Raum mit all seinen Facetten auf und dienen damit dem Bemühen um gleichwertige Lebensverhältnisse. Durch vernetzte, integriert angebotene Leistungen der Daseinsfürsorge soll die Lebensqualität verbessert werden.

In benachteiligten städtischen Gebieten sollen durch Soziale Orte die Menschen unterstützt wer-

¹ Der Begriff der Benachteiligung bezieht sich vor allem auf soziale Indikatoren wie zum Beispiel den Anteil der Bezieher von Leistungen nach SBG II.

den, sich mit ihren Ressourcen für das Gemeinwesen einzubringen.

Diese Orte sollen in möglichst zentraler öffentlicher Lage und möglichst barrierefrei geschaffen werden. Für alle Bevölkerungsgruppen soll der Zugang niedrigschwellig sein.

4. Gegenstand der Förderung

4.1 Die Förderung erfolgt nach Teil 2, Landesprogramm A „Soziale Orte“ der FRL Orte vom 22. Juni 2021. Ausschlaggebend für die Förderung sind die Regelungen der FRL Orte. Für weitere Einzelheiten zur Förderung siehe die gleichzeitig veröffentlichte FRL Orte.

4.2 Die Förderung kann den Aufbau, die Sicherung, Erweiterung oder Fortführung bestehender oder neuer Sozialer Orte beinhalten. Darüber hinaus ist der Betrieb der Orte zu finanzieren. Dabei werden vorrangig Personal- und Sachkosten übernommen, siehe Nummer 8.

4.3 Die Förderung von Investitionen mittels dieser Richtlinie soll nur dazu dienen, vorhandene Gebäude so zu ertüchtigen, dass der Betrieb eines Sozialen Ortes ermöglicht wird. Investitionskosten sind nur insoweit förderfähig, wie sie für die Maßnahme unbedingt erforderlich sind, siehe Nummer 8.

4.4 Mit den Orten der Demokratie soll eine enge Vernetzung und Kooperation sichergestellt werden, wo immer dies möglich ist.

5. Inhaltliche Kriterien für Soziale Orte

Unter ihrem Dach vereinen Soziale Orte verschiedene Funktionen. Da Soziale Orte möglichst breit aufgestellt sein sollten, ist es anzustreben, möglichst viele dieser Funktionen abzudecken. Je umfassender ein Sozialer Ort diesen Merkmalskatalog umsetzen kann, desto stärker wird die Priorisierung für diesen Ort ausfallen.

- Soziale Orte entstehen vorrangig im ländlichen öffentlichen Raum oder weisen einen konkreten Stadtteilbezug auf.
- Soziale Orte entstehen in Räumlichkeiten, die möglichst zentral liegen, leicht zugänglich sind und in denen sich alle Bevölkerungsgruppen wohl fühlen können. Sie sind möglichst barrierefrei.
- Soziale Orte beruhen nach Möglichkeit auf lokalen Initiativen der Zivilgesellschaft.
- Soziale Orte ermöglichen Austausch und Begegnung von:
 - o Menschen unterschiedlichen Alters
 - o Menschen unterschiedlicher Herkunft
 - o Menschen unterschiedlicher sozialer und familiärer Hintergründe.
- Soziale Orte arbeiten vernetzt, zielgruppen- und themenübergreifend, sie arbeiten mit einem integrierten Ansatz in der Gemeinde beziehungsweise im Quartier.
- Soziale Orte sind an den lokalen gemeinwesenorientierten Erfordernissen ausgerichtet.
- Soziale Orte fungieren als Plattform für bürgerschaftliches Engagement. Sie aktivieren Bürgerinnen und Bürger für gemeinschaftliche

Beteiligung am lokalen Gemeinwesen. Sie fördern einen partizipativen Ansatz und stoßen Prozesse an, um gemeinsam mit Netzwerken und Kooperationen die Attraktivität des lokalen Raums zu steigern.

- Soziale Orte aktivieren Bürgerinnen und Bürger durch gezieltes und professionelles Ehrenamtsmanagement, Öffentlichkeitsarbeit oder auch direkte Ansprache im Gemeinwesen.
- Soziale Orte sind in lokale oder auch regionale Netzwerke und Kooperationen eingebunden und/oder erneuern, festigen bestehende, oder schaffen neue Netzwerke und stabilisieren diese.
- Soziale Orte binden lokale Partner aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung ein. Dies eröffnet Möglichkeiten für neuartige Akteurskonstellationen.
- Soziale Orte werden von der lokalen Verwaltung der Kommune unterstützt und kooperieren mit ihr.
- Soziale Orte nehmen für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements auch die sozialen Medien in den Blick.
- Soziale Orte stellen ihre Räumlichkeiten nach Möglichkeit auch anderen Nutzergruppen, lokalen Vereinen oder Initiativen zur selbstorganisierten Nutzung zur Verfügung. Sie stehen auch als Orte für soziale Dienstleistungen zur Verfügung.

6. Zuwendungsempfänger und Zuwendungsvoraussetzungen

6.1 Zuwendungsempfänger können gemeinnützige Vereine, Verbände und gemeinnützige Gesellschaften, die juristische Personen des Privatrechts sind, oder juristische Personen des öffentlichen Rechts, zum Beispiel Kommunen, sein.

6.2 Förderfähig sind Maßnahmen, die im Freistaat Sachsen durchgeführt werden. Der Träger muss im Freistaat ansässig sein und seine lokale Verankerung darstellen.

6.3 Es sollen vornehmlich lokale Gruppen gefördert werden. Dies hat der Träger in seinem Projektkonzept darzulegen.

6.4 Die Maßnahmen werden grundsätzlich in Gemeinden mit weniger als 40 000 Einwohnerinnen und Einwohnern durchgeführt oder weisen einen konkreten bedarfsorientierten Stadtteilbezug auf. Dieser Stadtteilbezug ist im Projektkonzept zu beschreiben. Die Förderung erfolgt schwerpunktmäßig in entwicklungsbedürftigen Bereichen, das heißt Räumen, die durch sozialstrukturelle Belastungen, infrastrukturelle oder städtebauliche Defizite gekennzeichnet sind.

6.5 Es können nur Maßnahmen gefördert werden, für die keine Förderung nach anderen Programmen des Freistaates Sachsen beantragt werden kann. Besteht für die zu fördernden Maßnahmen auch eine Förderung durch Programme des Bundes oder der Europäischen Union (EU), erfolgt die Förderung nach dieser Richtlinie grundsätzlich nachrangig.

6.6 Die Träger aller geförderten Maßnahmen müssen auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen

Grundordnung stehen und haben eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit zu gewährleisten, siehe FRL Orte, Teil 1, Ziffer IV.

7. Laufzeit

Maßnahmen können mit einer maximalen Dauer von einem Jahr bewilligt werden.

8. Art, Höhe und Umfang der Förderung

8.1 Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilsfinanzierung in Form eines Zuschusses gewährt.

8.2 Zuwendungsfähig sind projektbezogene Personal- und Sachausgaben sowie Investitionen, siehe 8.4.

8.3 Der Fördersatz beträgt bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. In der Regel soll ein Eigenanteil eingebracht werden. In detailliert begründeten Ausnahmefällen ist eine Förderung bis zu 100 Prozent möglich. Hierfür hat der Zuwendungsempfänger nachzuweisen, dass die Erbringung des Eigenanteils wegen fehlender Eigenmittel unmöglich und die Erbringung von unbaren Leistungen unzumutbar ist. Der Eigenanteil im Projekt kann durch projektbezogene unbare Leistungen des Zuwendungsempfängers erbracht werden. Diese können als Arbeitsleistungen in Form von unbezahlten freiwilligen Arbeitsstunden erfolgen; die Stundenbewertung entspricht der Höhe des jeweils gültigen Mindestlohns, vergleiche FRL Orte Teil 2, Buchstabe A, Ziffer V Absatz 5. Der Wert der unbaren Leistungen darf 5 000 Euro pro Projekt nicht übersteigen. Die unbaren Leistungen müssen in der späteren Antragstellung im zweiten Verfahrensschritt konkret geplant werden, so dass bereits bei Antragstellung ersichtlich wird, welche Leistungen im Rahmen des Projektes konkret erbracht werden sollen. Ziel der Sozialen Orte ist die Aktivierung der lokalen Bevölkerung, so dass gerade der Beitrag der lokalen Gemeinschaft durch Eigenleistungen das Engagement für den Ort zeigt. Die Träger können im Hinblick auf die Akquise von möglichen Kofinanzierungen von der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank (SAB) beraten werden.

8.4 Investitionen können gefördert werden, wenn sie zur Gestaltung des Sozialen Ortes zwingend notwendig sind. Darüber entscheidet die Bewilligungsbehörde im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt. Zuwendungsfähig sind grundsätzlich Instandsetzung, Modernisierung und Erneuerung (Umbau beziehungsweise Ausbau) von vorhandenen, gegebenenfalls vorher un- oder untergenutzten Bestandsgebäuden. Die notwendige Ausstattung der Gebäude, soweit sie für den Betrieb eines Sozialen Ortes erforderlich ist, ist ebenfalls zuwendungsfähig. Investitionen sind nachrangig zu den Personal- und Sachkosten und nur bis zu einer Höhe von maximal 50 000 Euro je Maßnahme zuwendungsfähig.

9.

Evaluation und Erfolgskontrolle

Sozialer Zusammenhalt ist ein komplexes Phänomen, das sich einer rein quantifizierenden Beurteilung entzieht. Ziel des Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ist es, die mittel- und langfristige Wirkung der Förderung zu erheben. Dafür wird die Entwicklung der geförderten Maßnahmen dokumentiert („Wirkungsdokumentation“) und hinsichtlich ihrer Potentiale auf Basis der durch die Träger vorgelegten Dokumentationen evaluiert.

9.1

Die Träger der Projekte legen der Bewilligungsbehörde einen Verwendungsnachweis gemäß Anlage 2 zu § 44 der Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vor, der einen wirkungsorientierten Sachbericht enthalten soll. In den Sachberichten ist auf die oben genannten Funktionen der Sozialen Orte einzugehen und zu beschreiben, welche Funktionen mit welchem Ergebnis erfüllt und welche Funktionen aus welchen Gründen weniger umfassend erfüllt werden können. Es ist die Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Ort zu beschreiben, insbesondere im Hinblick auf qualitative Veränderungen, die sich aus dem Wirken der neu geschaffenen Sozialen Orte ergeben haben.

9.2

Diese qualitativen Angaben sollen durch quantitative Daten unterlegt werden. Dafür sind Zahlen zu Nutzerinnen und Nutzern, durchgeführten Aktivitäten (Kurse, regelmäßige Angebote, Veranstaltungen), bestehenden beziehungsweise durch die Sozialen Orte aufgebauten Kooperationen und Netzwerken sowie deren jeweiligen Reichweiten (lokal, landkreisweit, überregional) aufzuführen. Außerdem soll die Größe der genutzten Räumlichkeiten, die Anzahl der neu geschaffenen Stellen sowie die Anzahl der kurzfristig wie auch der regelmäßig ehrenamtlich Engagierten angegeben werden.

Seitens des Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt wird ein landesweiter Erfahrungsaustausch der Träger der Sozialen Orte zur Qualitätssicherung der Arbeit in den Projekten und zum gegenseitigen Austausch angestrebt.

10.

Verfahren

Das Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt fordert Initiativen, Gruppen oder Träger auf, ihr Interesse an einer Förderung nach der FRL Orte für den Programmteil 2, Landesprogramm A: Soziale Orte mittels eines Projektkonzeptes zu bekunden.

10.1

Die Interessenbekundung auf der Grundlage dieser Bekanntmachung ist bei der SAB als Bewilligungsbehörde

bis zum 23. Juni 2023

vollständig und von der zeichnungsbefugten Person unterschrieben elektronisch (bevorzugt) an

folgende Mail-Adresse: soziales@sab.sachsen.de oder per Post an:

Sächsische Aufbaubank – Förderbank

Pirnaische Straße 9

01069 Dresden, einzureichen.

Ein verspäteter Eingang der Interessenbekundung führt zum Ausschluss aus dem Interessenbekundungsverfahren. Eine Beteiligung an späteren erneuten Aufrufen zu einer Interessenbekundung bleibt möglich. Individuelle Fristverlängerungen oder das Nachreichen von Unterlagen (Ausnahme: Unterstützungsschreiben der Kommune, siehe Nummer 10.5.6.4) sind ausgeschlossen.

Als Ansprechpartner für Rückfragen steht Ihnen die Sächsische Aufbaubank – Förderbank unter der oben genannten Mailadresse oder folgender Telefonnummer zur Verfügung: 0351 4910 4930.

- 10.2 Die Interessenbekundung ist formlos einzureichen. Es sind ein Projektkonzept sowie ein grober Ausgaben- und Finanzierungsplan als Anlage beizufügen.
- 10.3 Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung von Zuwendungen. Die Auswahl der Projektträger erfolgt unter Berücksichtigung der vorhandenen Haushaltsmittel.
- 10.4 Die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgt in einem zweistufigen Auswahlverfahren. Die im ersten Schritt eingereichten Projektkonzepte werden bewertet. Auf Basis dieser Bewertung erfolgt eine Aufforderung an die ausgewählten Maßnahmenträger, in einem zweiten Schritt einen formalen Antrag bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank einzureichen. Mit Aufforderung zur Antragstellung wird eine Frist genannt, bis zu der der Antrag einzureichen ist. Sofern noch kein unterstützendes Schreiben der Kommune (siehe Nummer 10.5.6.4) vorliegt, ist den kommunalen Behörden vor der Entscheidung über den Antrag Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme zu geben.
- 10.5 Die Interessenbekundung inklusive Projektkonzept, zuzüglich Ausgaben- und Finanzierungsplan sowie Anlagen sollen nicht länger als zehn Seiten sein und sind übersichtlich anhand der nachfolgend genannten Punkte zu strukturieren. Es werden klare, aussagekräftige und konkrete Ausführungen zur geplanten Projektumsetzung erwartet.
- 10.5.1 **Darstellung des Trägers**
Kurzdarstellung des Trägers (unter anderem Name, Adresse, Rechtsform, Gründungsjahr, Arbeitsschwerpunkte)
- 10.5.2 **Erfahrungen und Kompetenz des Trägers**
- Erfahrungen im Bereich der Gemeinwesenarbeit, der generationenübergreifenden Arbeit oder im Bereich der Bürgerbeteiligung und Partizipation
 - Bisherige Erfahrungen des Trägers bei der Umsetzung von Förderprojekten
 - Darstellung der in der Richtlinie genannten lokalen Verankerung
- 10.5.3 **Beschreibung der lokalen Gegebenheiten**
Kurze Situationsanalyse mit Beschreibung der vorhandenen Defizite, aber auch der lokalen Ressourcen sowie der aussagekräftigen Analyse des Bedarfes an einem Sozialen Ort.
- 10.5.4 **Angaben zum Projektort**
- Ist-Zustand in der Gemeinde sowie der geplante Standort

- Beschreibung der vorgesehenen Räumlichkeiten (Alt-/Neubau, Bestandsgebäude, Größe, Anzahl Räume) im Hinblick auf die vorgesehene Nutzung
- Beschreibung des Ist- sowie des Soll-Zustandes des Gebäudes und der daraus abgeleitete Investitionsbedarf
- Erläuterung der geplanten Baumaßnahmen
- Eigentumsverhältnisse der vorgesehenen Räumlichkeiten/Gebäude

10.5.5 **Gesamtzielsetzung des Projektes**

Die Ziele, die der Träger mit dem Aufbau eines Sozialen Ortes erreichen möchte, sind darzulegen. Daraus soll die Gemeinwesenorientierung der Zielsetzung und die Ausrichtung an den lokalen Bedarfen deutlich werden.

10.5.6 **Projekthalt**

Beschreibung der geplanten Aktivitäten und Darstellung, welche der unter Nummer 5 genannten Kriterien Sozialer Orte in welcher Art und Weise umgesetzt werden sollen. Darunter sind insbesondere die folgenden Mindestanforderungen (Nummer 10.5.6.1 bis 10.5.6.4) darzustellen:

10.5.6.1 **Austausch, Begegnung und Angebote**

Die angedachten Angebote des Ortes, wie Freizeitkurse oder Veranstaltungen sowie die Formen und Aktivitäten für Begegnung und Austausch der Menschen unterschiedlichen Alters, Herkunft oder familiärer oder sozialer Hintergründe sind zu beschreiben.

10.5.6.2 **Aktivierung, Engagement und Partizipation**

Anknüpfend an eventuell bereits vorhandene Initiativen ist darzulegen, wie die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde durch den Sozialen Ort zu aktivieren sind, welche partizipativen Prozesse innerhalb des Projektes, aber auch für das Gemeinwesen geplant sind. Die angestrebte Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ist auszuführen. Die Ausgangslage des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort sollte beschrieben werden.

10.5.6.3 **Ehrenamtsmanagement und Ansprache der Bürgerinnen und Bürger**

Der Träger hat die Methoden der Ansprache der Bürgerinnen und Bürger sowie das Ehrenamtsmanagement zu beschreiben. Hierbei sind auch kurze Angaben zur Öffentlichkeitsarbeit des Sozialen Ortes anzufügen.

10.5.6.4 **Netzwerke, Kooperationen und Unterstützung durch die Kommune**

Im Projektkonzept ist eine Situationsanalyse der bisher vorhandenen Träger und Netzwerke sowie die bisherige lokale Einbettung des Trägers darzustellen. Ergänzend sind die Kooperationen mit bestehenden Regelangeboten zu erläutern. Die geplanten, gegebenenfalls neu aufzubauenden Netzwerkstrukturen oder Kooperationen sollen aussagekräftig beschrieben werden.

Um die Unterstützung durch die Kommune darzulegen, sollte ein unterstützendes Schreiben der Kommune mit eingereicht werden, beziehungsweise kann nachgereicht werden.

10.5.7 **Personal**

Anzahl sowie Qualifikation und Kompetenzen des für den Einsatz im Projekt geplanten Personals sind zu beschreiben.

10.5.8 **Zeitplan**

Ein grober Zeitplan mit geplanten Etappenzielen ist zu erstellen.

- 10.5.9 **Nachhaltigkeit**
Erläuterung, wie die Nachhaltigkeit, das heißt eine mögliche Finanzierung nach Auslaufen der Förderung, gesichert werden kann.
- 10.5.10 **Ausgaben- und Finanzierungsplan**
Grobe Darstellung der Gesamtausgaben gegliedert nach geplanten Personal-, Sach- sowie Investitionskosten je Jahr.
Gegebenenfalls geplante Investitionskosten sind zu untergliedern, so dass erkennbar ist, welche Baumaßnahmen anfallen, siehe Nummer 8.4.
Der Eigenanteil ist einschließlich gegebenenfalls geplanter unbarer Leistungen (Art und Höhe) darzustellen.
- 10.6 **Kriterien der Gewichtung**
Für eine bessere Vergleichbarkeit werden Kriterien zur Gewichtung festgelegt. Diese sind wie folgt bemessen:
- Fachliche Qualität des Projektes entsprechend Nummer 10.5.5, 10.5.6 und 10.5.9 beziehungsweise Bezugnehmend auf die in Nummer 5 genannten Kriterien 60 Prozent
 - Aussagen zum Ort entsprechend Nummer 10.5.3 und 10.5.4 10 Prozent
 - Eignung Träger sowie Personal und Angemessenheit Finanzierungskonzept entsprechend Nummer 10.5.2, 10.5.7, 10.5.8 und 10.5.10 30 Prozent
- Für die Förderentscheidung wird darüber hinaus auch die regionale Verteilung der Projekte sowie die angestrebte Trägervielfalt berücksichtigt.

Dresden, den 28. April 2023

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Christian Avenarius
stellvertretender Abteilungsleiter

Landesdirektion Sachsen
Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs-
und Anlagenrechtsbescheinigung
Gemarkung Altenhain
Vom 2. März 2023

Die Landesdirektion Sachsen gibt bekannt, dass die Stadtverwaltung Trebsen, Markt 13, 04687 Trebsen, einen Antrag auf Erteilung einer Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes vom 20. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2182, 2192), das zuletzt durch Artikel 158 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, gestellt hat.

Der Antrag (Az.: 32-0552/32/2) betrifft die vorhandene Regenwasserleitung einschließlich Zubehör, Sonder- und Nebenanlagen und Schutzstreifen.

Die von der Anlage betroffenen Grundstückseigentümer der Stadt Trebsen (Gemarkung Altenhain Fl.-Nr. 62, 63/5) können den eingereichten Antrag sowie die beigefügten Unterlagen in der Zeit

vom 22. Mai bis einschließlich 19. Juni 2023

in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, einsehen. Im Vorfeld bitten wir um eine telefonische Kontaktaufnahme unter der Telefonnummer 0341/977-3203.

Ergänzend wird auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Planunterlagen während des vorgenannten Zeitraums unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/> verwiesen (danach bitte die Rubrik Infrastruktur-Grundbuchbereinigung wählen). Im Internet erfolgt die Freischaltung mit Beginn des Auslegungszeitraumes.

Nach § 27a Absatz 1 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist, ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen maßgeblich.

Die Landesdirektion Sachsen erteilt die Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigung nach Ablauf der Auslegungs-

frist gemäß § 9 Absatz 4 des Grundbuchbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 7 Absatz 4 und 5 der Sachenrechts-Durchführungsverordnung vom 20. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3900).

Hinweise zur Einlegung von Widersprüchen

Gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 des Grundbuchbereinigungsgesetzes ist von Gesetzes wegen eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit für alle am 3. Oktober 1990 bestehenden Energiefortleitungsanlagen und Anlagen der Wasserversorgung und -entsorgung entstanden. Die durch Gesetz entstandene Dienstbarkeit dokumentiert nur den Stand vom 3. Oktober 1990. Da die Dienstbarkeit durch Gesetz bereits entstanden ist, kann ein Widerspruch nicht damit begründet werden, dass kein Einverständnis mit der Belastung des Grundstückes erteilt wird.

Ein zulässiger Widerspruch kann nur darauf gerichtet sein, dass die im Antrag dargestellte Leitungsführung nicht richtig ist. Dies bedeutet, dass ein Widerspruch sich nur dagegen richten kann, dass das Grundstück gar nicht von der Leitung oder in anderer Weise, als dargestellt, betroffen ist. Wir möchten Sie daher bitten, nur in begründeten Fällen von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch zu machen.

Der Widerspruch kann bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitz Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig bis zum Ende der Auslegungsfrist erhoben werden. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Leipzig, den 2. März 2023

Landesdirektion Sachsen
Holger Keune
Referatsleiter Planfeststellung

Andere Behörden und Körperschaften
Bekanntmachung
des Landratsamtes Bautzen, Sachgebiet Flurneuordnung
nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
für das Vorhaben
„3. Änderung des Planes nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes“
der Teilnehmergeinschaft Gnaschwitz
Vom 4. Mai 2023

Die Teilnehmergeinschaft Gnaschwitz, beim Landratsamt Bautzen, Sachgebiet Flurneuordnung, Macherstraße 55, 01917 Kamenz, stellt gemäß § 41 Absatz 1 des Flurbereinigungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), das zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794) geändert worden ist, die 3. Änderung des Wege- und Gewässerplanes (Plan nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes) für das Verfahren der Ländlichen Neuordnung Gnaschwitz auf.

Die Zuständigkeit der Teilnehmergeinschaft ergibt sich aus § 18 Absatz 2 des Flurbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes vom 15. Juli 1994 (SächsGVBl. S. 1429), das zuletzt durch Artikel 24 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517) geändert worden ist.

Die Obere Flurbereinigungsbehörde beim Landratsamt Bautzen ist gemäß § 41 Absatz 3 und 4 des Flurbereinigungsgesetzes in Verbindung mit § 1 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Flurbereinigungsgesetzes die für die Feststellung und Genehmigung des Planes nach § 41 des Flurbereinigungsgesetzes zuständige Behörde.

Der Bau von gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen im Sinne des Flurbereinigungsgesetzes unterliegt dem Anwendungsbereich des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 2

des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist.

Die von der Teilnehmergeinschaft vorgelegten entscheidungserheblichen Unterlagen wurden gemäß § 7 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung unter Beurteilung der in der Anlage 3 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung genannten Kriterien einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls unterzogen. Diese ergab, dass bei Umsetzung der geplante Schutz, Vermeidungs-, Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 25 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären und es daher keiner Umweltverträglichkeitsprüfung bedarf.

Die Feststellung zum Ergebnis der Vorprüfung wird hiermit nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung bekanntgegeben. Diese Feststellung ist nach § 5 Absatz 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 10 des Gesetzes vom 19. August 2022 (SächsGVBl. S. 486) geändert worden ist, im Landratsamt Bautzen, Sachgebiet Flurneuordnung, Macherstraße 55, 01917 Kamenz, zugänglich.

Kamenz, den 4. Mai 2023

Landratsamt Bautzen
Balling
Sachgebietsleiter Flurneuordnung

Bekanntmachung des Landratsamtes Erzgebirgskreis über die Genehmigung der Änderung und Neufassung der Verbandssatzung des Verwaltungsverbandes „Wildenstein“

Vom 22. März 2023

Das Landratsamt Erzgebirgskreis hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 18. April 2023 Az.: 093.11/1-23-032.la-540, auf der Grundlage von § 26 Absatz 1, 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, wie folgt entschieden:

- „1. Die durch die Verbandsversammlung mit Beschluss vom 21. März 2023, unter der Beschlussnummer 03/23, beschlossene Änderung und Neufassung der Verbandssatzung des Verwaltungsverbandes „Wildenstein“ wird rechtsaufsichtlich genehmigt.
2. Die Verbandssatzung tritt nach öffentlicher Bekanntmachung der Genehmigung und der Verbandssatzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

3. Für diesen Bescheid werden keine Kosten erhoben.“

Der Verwaltungsverband Wildenstein erklärte gegenüber dem Landratsamt Erzgebirgskreis einen Rechtsbehelfsverzicht. Damit ist der Genehmigungsbescheid bestandskräftig.

Diese Bekanntmachung zur Genehmigung und die Verbandssatzung sind gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, auf der Internetseite des Erzgebirgskreises unter www.erzgebirgskreis.de (Bekanntmachungen/Bekanntmachung nach § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes) einsehbar.

Annaberg-Buchholz, den 22. März 2023

Landratsamt Erzgebirgskreis
Rico Anton
Landrat

Änderung und Neufassung der Verbandssatzung des Verwaltungsverbandes „Wildenstein“

Vom 22. März 2023

Aufgrund der §§ 5, 11 und 26 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Verwaltungsverbandes „Wildenstein“ am 21. März 2023 folgende Neufassung beschlossen:

§ 1

Mitgliedsgemeinden, Name und Sitz

- (1) Die Gemeinden Börnichen/Erzgeb. und Grünhainichen bilden den Verwaltungsverband.
- (2) Der Verwaltungsverband trägt den Namen „Wildenstein“.

- (3) Sitz des Verwaltungsverbandes ist die Gemeinde Grünhainichen. Die Anschrift lautet:
Verwaltungsverband „Wildenstein“
Chemnitzer Straße 41
09579 Grünhainichen

§ 2

Aufgabenübergang

- (1) Auf den Verwaltungsverband gehen nach § 7 Abs. 1 SächsKomZG folgende Aufgaben über:
 1. die Weisungsaufgaben einschließlich des Erlasses von dazu erforderlichen Satzungen und Rechtsverordnungen,
 2. die Aufgaben der vorbereitenden Bauleitplanung.

(2) Die Mitgliedsgemeinden übertragen gemäß § 7 Abs. 2 SächsKomZG durch öffentlich-rechtlichen Vertrag dem Verwaltungsverband „Wildenstein“ die Aufgaben nach dem Gesetz über die Schiedsstellen in den Gemeinden des Freistaates Sachsen und über die Anerkennung von Gütestellen im Sinne des § 794 Abs. 1 Nr. 1 der Zivilprozessordnung (Sächsisches Schieds- und Gütestellengesetz – SächsSchiedsGStG) vom 27. Mai 1999, zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 13 des Gesetzes vom 05. April 2019. Der Verwaltungsverband „Wildenstein“ ist berechtigt die Aufgaben nach dem SächsSchiedsGStG für Kommunen die nicht zum Verbandsgebiet gehören mit wahrzunehmen.

(3) Dem Verwaltungsverband können gemäß § 7 Abs. 2 SächsKomZG weitere Aufgaben einschließlich des Erlasses von Satzungen und Rechtsverordnungen durch öffentlich-rechtlichen Vertrag übertragen werden. Der öffentlich-rechtliche Vertrag wird erst mit der Änderung der Verbandsatzung wirksam. Einzelne Aufgaben sind auf Antrag einer oder mehrerer übertragender Mitgliedsgemeinden rückzuübertragen, wenn sich die Verhältnisse, die der Übertragung zugrunde lagen, so wesentlich geändert haben, dass den Mitgliedsgemeinden ein Festhalten an der Übertragung nicht weiter zugemutet werden kann und wenn die Verbandsversammlung mit der Mehrheit aller Stimmen der Vertreter in der Verbandsversammlung der Rückübertragung zustimmt. Der Beschluss der Verbandsversammlung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde. Verweigert die Verbandsversammlung die Zustimmung zur Rückübertragung, entscheidet die Rechtsaufsichtsbehörde über die Zustimmung. § 12 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 sowie § 13 SächsKomZG gelten entsprechend.

(4) Die Mitgliedsgemeinden sind über die sie betreffenden Vorgänge zu unterrichten.

§ 3 Erledigung von Aufgaben

(1) Der Verwaltungsverband erledigt gemäß § 8 Abs. 1 SächsKomZG folgende Aufgaben der Mitgliedsgemeinden nach deren Weisung:

1. Vorbereitung und Vollzug der Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden,
2. Besorgung der Geschäfte, die für die Mitgliedsgemeinden keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (Geschäfte der laufenden Verwaltung),
3. Vertretung der Mitgliedsgemeinden in gerichtlichen Verfahren und förmlichen Verwaltungsverfahren, soweit der Verwaltungsverband nicht selbst Beteiligter ist.

(2) Mitgliedsgemeinden können dem Verwaltungsverband gemäß § 8 Abs. 2 SächsKomZG durch öffentlich-rechtlichen Vertrag die Erledigung weiterer Aufgaben nach Weisung übertragen. § 7 Abs. 2 Satz 2 bis 6 SächsKomZG gilt entsprechend.

(3) Soweit Aufgaben nach § 7 SächsKomZG auf den Verwaltungsverband übergehen, nach Abs. 1 von ihm erledigt werden oder ihm nach Abs. 2 übertragen sind, beschäftigen die Mitgliedsgemeinden kein eigenes Personal.

(4) Außerdem übertragen die Mitgliedsgemeinden folgende Aufgaben an den Verwaltungsverband „Wildenstein“:

1. Erlass von Bescheiden aller Art,
2. Erstellung von Rechnungen.

§ 4 Organe des Verwaltungsverbandes

Organe des Verwaltungsverbandes sind die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsitzende.

§ 5 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus dem Verbandsvorsitzenden, den Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden sowie weiteren Vertretern, die von den Mitgliedsgemeinden in die Verbandsversammlung entsandt werden.

Die Vertreter einer Mitgliedsgemeinde können in der Verbandsversammlung nur einheitlich abstimmen.

Ist ein ehrenamtlicher Bürgermeister einer Mitgliedsgemeinde gleichzeitig Bediensteter des Verwaltungsverbandes, wird die Mitgliedsgemeinde in der Verbandsversammlung durch den Stellvertreter des Bürgermeisters vertreten.

(2) Die Bestimmung der Anzahl der weiteren Vertreter erfolgt nach § 16 Abs. 3 SächsKomZG.

Danach entsendet
die Gemeinde Börnichen 1 weiteren Vertreter,
die Gemeinde Grünhainichen 4 weitere Vertreter.

(3) Die weiteren Vertreter werden vom Gemeinderat für die Dauer seiner Wahlperiode aus seiner Mitte gewählt; nach Ablauf der Wahlperiode führen sie die Geschäfte bis zur Neuwahl der weiteren Vertreter fort. Für jeden weiteren Vertreter ist ein Stellvertreter zu wählen, der diesen im Falle der Verhinderung vertritt; Satz 1 gilt entsprechend. Sind mehrere weitere Vertreter oder Stellvertreter zu wählen, soll die Mandatsverteilung im Gemeinderat berücksichtigt werden. Kommt eine Einigung nicht zustande, werden die weiteren Vertreter von den Gemeinderäten aufgrund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge gewählt. Wird nur ein gültiger oder gar kein Wahlvorschlag eingereicht, findet Mehrheitswahl ohne Bindung an die vorgeschlagenen Bewerber statt.

(4) Die Mitgliedsgemeinden können ihren Vertretern in der Verbandsversammlung Weisungen erteilen.

(5) Die Vertreter der Mitgliedsgemeinden in der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich tätig. Für ihre Rechtsverhältnisse gelten die für Gemeinderäte maßgebenden Vorschriften entsprechend.

§ 6 Zuständigkeiten, Verfahren und Geschäftsgang der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Verwaltungsverbandes. Sie nimmt die Aufgaben des Verwaltungsverbandes, insbesondere den Erlass von Satzungen und Rechtsverordnungen, wahr, soweit nicht der Verbandsvorsitzende gemäß §§ 8 und 9 der Verbandsatzung zuständig ist.

(2) Auf das Verfahren und den Geschäftsgang in der Verbandsversammlung finden grundsätzlich die Bestimmungen der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen entsprechende Anwendung.

(3) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen einzelner eine nichtöffentliche Verhandlung erfordern. Auf die Verbandsversammlung finden die Bestimmungen der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen über den Gemeinderat entsprechend Anwendung.

(4) Die Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit Stimmenmehrheit gefasst. Gegen Beschlüsse der Verbandsversammlung, die für eine Mitgliedsgemeinde von besonderer Wichtigkeit oder erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sind, kann diese binnen drei Wochen nach der Beschlussfassung Einspruch einlegen. Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung. Auf den Einspruch hat die Verbandsversammlung erneut zu beschließen. Der Einspruch ist zurückgewiesen, wenn der neue Beschluss mit der Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten gefasst wird.

§ 7

Verbandsvorsitzender

(1) Der Verbandsvorsitzende ist hauptamtlicher Beamter auf Zeit. Seine Amtszeit beträgt sieben Jahre.

(2) Der Verbandsvorsitzende wird von der Verbandsversammlung gewählt.

§ 8

Aufgaben und Befugnisse des Verbandsvorsitzenden als Vorsitzender der Verbandsversammlung

(1) Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Verbandsversammlung. Er bereitet die Sitzungen der Verbandsversammlung vor und vollzieht die Beschlüsse.

(2) In dringenden Angelegenheiten entscheidet der Verbandsvorsitzende anstelle der Verbandsversammlung. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind der Verbandsversammlung unverzüglich mitzuteilen.

(3) Der Verbandsvorsitzende muss Beschlüssen der Verbandsversammlung widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie rechtswidrig sind, er kann ihnen widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass sie für den Verwaltungsverband nachteilig sind.

(4) Der Verbandsvorsitzende hat die Verbandsversammlung über alle wichtigen, den Verwaltungsverband betreffenden Angelegenheiten und Vorhaben zu informieren. Bei wichtigen Planungen und Vorhaben ist die Verbandsversammlung möglichst frühzeitig über die Absichten und Vorstellungen der Verwaltung und laufend über den Stand und den Inhalt der Planungsarbeiten zu informieren.

§ 9

Aufgaben und Befugnisse des Verbandsvorsitzenden als Leiter der Verbandsverwaltung

(1) Der Verbandsvorsitzende ist Leiter der Verbandsverwaltung und vertritt den Verwaltungsverband.

(2) Der Verbandsvorsitzende ist Vorgesetzter, Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Verbandsbediensteten.

(3) Der Verbandsvorsitzende erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm

sonst durch Rechtsvorschriften oder von der Verbandsversammlung übertragenen Aufgaben.

(4) Folgende Aufgaben werden dem Verbandsvorsitzenden von der Verbandsversammlung zur dauerhaften Erledigung übertragen:

1. die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel für Investitionen bis zu einer Höhe von 5.000,00 €,
2. die Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Aufwendungen/Auszahlungen bis zu einer Höhe von 5.000,00 € im Einzelfall,
3. der Verzicht auf Ansprüche des Verwaltungsverbandes oder die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreitigkeiten und der Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung, der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis des Verwaltungsverbandes im Einzelfall nicht mehr als 500,00 € beträgt,
4. die Stundung von Forderungen bis zu zwei Monaten in unbeschränkter Höhe von nicht mehr als sechs Monaten bis zu einem Betrag von 1.500,00 €,
5. die Veräußerung von beweglichem Vermögen, soweit die Summe im Einzelfall nicht mehr als 1.000,00 € beträgt,
6. Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen, soweit der jährliche Miet- und Pachtwert im Einzelfall nicht mehr als 1.000 € beträgt,
7. der Abschluss von Versicherungsverträgen, soweit die Jahresprämie nicht mehr als 1.000,00 € beträgt.

§ 10

Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden

(1) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden. Die Wahl erfolgt nach jeder regelmäßigen Gemeinderatswahl.

(2) Der Stellvertreter vertritt den Verbandsvorsitzenden bei dessen Abwesenheit.

§ 11

Deckung des Finanzbedarfs des Verwaltungsverbandes

(1) Der Verwaltungsverband kann, soweit seine sonstigen Erträge zum Ausgleich seines Ergebnishaushalts nicht ausreichen, von den Mitgliedsgemeinden eine Umlage erheben. Die Umlage ist nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der Mitgliedsgemeinden zu bemessen. Maßgebende Einwohnerzahl ist die vom Statistischen Landesamt zum 30. Juni des Vorjahres fortgeschriebene Einwohnerzahl. Die Höhe der Umlage ist in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr festzusetzen. Der Verwaltungsverband kann für rückständige Beträge Verzugszinsen in Höhe von 2 % über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB verlangen (§ 25 SächsKomZG).

(2) Der Kostensatz für die Wahrnehmung der von den einzelnen Mitgliedsgemeinden gemäß §§ 2 und 3 dieser Verbandssatzung übertragenen Aufgaben bleibt der besonderen Regelung in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag vorbehalten.

(3) Soweit Aufgaben kraft Gesetzes oder kraft Übertragung auf den Verwaltungsverband übergehen (§ 2 Abs. 1 und 2 dieser Verbandssatzung), geht das Recht, Entgelte von den Benutzern einer Einrichtung zu erheben, auf den Verwaltungsverband über.

(4) Das Recht zur Erhebung von eigenen Steuern steht dem Verwaltungsverband nicht zu.

§ 12

Form der öffentlichen Bekanntmachung und der ortsüblichen Bekanntgabe

(1) Öffentliche Bekanntmachungen des Verwaltungsverbandes erfolgen, soweit nicht besondere bundes- oder landesrechtliche Vorschriften anzuwenden sind, durch Abdruck im „Amtsblatt des Verwaltungsverbandes Wildenstein“.

(2) Sind Pläne oder zeichnerische Darstellungen, insbesondere Karten, Bestandteile einer Rechtsverordnung oder Satzung, können sie dadurch öffentlich bekanntgemacht werden, dass

1. ihr wesentlicher Inhalt in der Rechtsverordnung oder Satzung umschrieben wird,
2. sie im Verwaltungsverband „Wildenstein“, Chemnitzer Straße 41, 09579 Grünhainichen, Zimmer 16 – Sekretariat – zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten, mindestens aber wöchentlich 20 Stunden, für die Dauer von mindestens zwei Wochen niedergelegt werden und
3. hierauf bei der Bekanntmachung der Rechtsverordnung oder Satzung hingewiesen wird.

(3) Soweit nach Rechtsvorschriften die ortsübliche Bekanntgabe vorgeschrieben ist, erfolgt diese nach den Bestimmungen, welche die Mitgliedsgemeinden Börnichen/Erzgeb. und Grünhainichen für ihre ortsüblichen Bekanntgaben vorgesehen haben.

(4) Ortsübliche Bekanntmachungen nach dem Baugesetzbuch erfolgen in der Form der öffentlichen Bekanntmachung gemäß Abs. 1.

§ 13

Änderungen der Verbandssatzung

Änderungen der Verbandssatzung können von der Verbandsversammlung nur mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung beschlossen werden.

§ 14

Auflösung und Abwicklung des Verwaltungsverbandes

(1) Der Verwaltungsverband kann aus Gründen des öffentlichen Wohls mit Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der obersten Rechtsaufsichtsbehörde aufgelöst werden, wenn feststeht, dass jede Mitgliedsgemeinde mit Wirksamwerden der Auflösung in eine andere Gemeinde eingegliedert wird, sich mit einer anderen Gemeinde zu einer neuen Gemeinde vereinigt oder noch den Anforderungen des § 3 Abs. 3 SächsKomZG entspricht. Der Beschluss über die Auflösung des Verwaltungsverbandes bedarf der Zustimmung aller Verbandsmitglieder.

(2) Der Verwaltungsverband gilt nach seiner Auflösung als fortbestehend, soweit der Zweck der Abwicklung es erfordert. Die Abwicklung ist Aufgabe des Verbandsvorsitzenden, wenn die Verbandsversammlung nicht etwas anderes beschließt. Das Verbandsvermögen ist nach dem im § 11 Abs. 1 dieser Verbandssatzung festgelegten Umlageschlüssel im Zeitpunkt der Auflösung auf die Mitgliedsgemeinden zu verteilen.

§ 15

Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit Genehmigung und Bekanntmachung durch die Rechtsaufsichtsbehörde am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

Grünhainichen, den 22. März 2023

Verwaltungsverband „Wildenstein“
Ardelt
Verbandsvorsitzende

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung:

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Görlitz
über die Genehmigung der Zweckvereinbarung
zwischen der Stadt Rothenburg und der Gemeinde Hähnichen
über den gemeinsamen Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle**

Vom 25. April 2023

Das Landratsamt Görlitz hat mit Bescheid vom 12. April 2023 die Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Rothenburg und der Gemeinde Hähnichen über den gemeinsamen Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle vom 16. März 2023 auf der Grundlage des § 72 Absatz 1 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, rechtsaufsichtlich genehmigt.

Gemäß § 72 Absatz 1 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Satz 4 und § 13 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit werden hiermit die Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Rothenburg und der Gemeinde Hähnichen über den gemeinsamen Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle vom 16. März 2023 und deren Genehmigung bekannt gemacht.

Görlitz, den 25. April 2023

Landratsamt Görlitz
Dr. Stephan Meyer
Landrat

Zweckvereinbarung

zwischen der Stadt Rothenburg
Marktplatz 1
02929 Rothenburg
vertreten durch den
Bürgermeister, **Betreiber OFL**
Philipp Eichler

und der Gemeinde Hähnichen
Am Schöps 1
02923 Hähnichen
vertreten durch den
Bürgermeister, **Nutzer OFL**
Prof. Dr.
Matthias Zscheile

über den gemeinsamen Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle

§ 1

Gegenstand der Vereinbarung

(1) Die Vertragsparteien betreiben mit Wirkung vom **01.01.2021** eine gemeinsame ortsfeste Landfunkstelle.

(2) Die ortsfeste Landfunkstelle trägt den Namen „**orts-feste Landfunkstelle Rothenburg**“.

(3) Die ortsfeste Landfunkstelle hat ihren Sitz im Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr **Rothenburg, Südstraße 21, 02929 Rothenburg**.

(4) Das Zuständigkeitsgebiet umfasst das Territorium der Vertragsparteien.

§ 2

Aufgaben

(1) Im Falle von großflächigen Schadenslagen, erhöhten Einsatzaufkommen oder bei Einsätzen mit absehbar längerer Einsatzdauer obliegt der ortsfesten Landfunkstelle die eigenständige Leitung und Koordination der durch die Integrierte Rettungsleitstelle Ostsachsen zugewiesenen Einsätze im Zuständigkeitsbereich.

(2) Die ortsfeste Landfunkstelle übernimmt die Aufgaben einer ortsfesten Befehlsstelle.

§ 3

Errichtung, Betrieb und Instandhaltung

(1) Die Stadt **Rothenburg** übernimmt die Planung und Ausführung der Errichtung der ortsfesten Landfunkstelle. Die Planung bedarf der Zustimmung der anderen Vertragsparteien.

(2) Der Stadt **Rothenburg** obliegt die Bewirtschaftung der ortsfesten Landfunkstelle.

(3) Die Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln durch die Stadt **Rothenburg** erfolgen in eigenem Namen, eigener Rechnung und eigener Verantwortung.

(4) Die Vertragsparteien tragen die nachgewiesenen Kosten für die Planung, Errichtung und Erstausrüstung der ortsfesten Landfunkstelle entsprechend des Verteilerschlüssels nach Anlage 1.

(5) Für die Abgeltung der Betriebskosten sowie der Kosten für die Ausbildung zahlt die Gemeinde **Hähnichen** der

Stadt **Rothenburg** nach Absatz 2 eine jährliche Aufwands- und Kostenpauschale in Höhe von **150,00** Euro bis zum 30.06. des Abrechnungsjahres.

(6) Nachgewiesene Kosten für Reparaturen, Beschaffungen o.Ä. tragen die Vertragsparteien im Verhältnis der Einwohnerzahlen zum Stichtag 31.12. des Vorjahres. Die Abrechnung dieser Kosten hat innerhalb von sechs Monaten nach deren Rechnungslegung zu erfolgen. Nicht innerhalb dieser Frist geltend gemachte Ansprüche gehen zu Lasten des Gläubigers. Die Erstattung der Kosten hat innerhalb von drei Monaten nach deren Geltendmachung zu erfolgen.

§ 4

Nutzung

(1) Die Stadt **Rothenburg** verpflichtet sich, den Einsatzkräften der Gemeinde **Hähnichen** die Funktionsräume der ortsfesten Landfunkstelle zur gemeinsamen Nutzung zu gestatten.

(2) Die Nutzung der Räumlichkeiten der ortsfesten Landfunkstelle erfolgt ausschließlich für dienstliche Belange im Zusammenhang mit dem Betrieb der ortsfesten Landfunkstelle.

§ 5

Haftung

(1) Schäden infolge eines bestimmungsgemäßen Gebrauchs der ortsfesten Befehlsstelle tragen die Vertragsparteien, denen Hilfe geleistet wurde, zu gleichen Teilen.

(2) Schäden infolge eines nicht bestimmungsgemäßen Gebrauchs der ortsfesten Befehlsstelle, trägt die Vertragspartei des Verursachers.

§ 6

Besetzung und Leitung

(1) Die ortsfeste Befehlsstelle wird vom Führungspersonal der Vertragsparteien besetzt. Mindestens eine Person, mit Entscheidungsbefugnis, der Freiwilligen Feuerwehr **Rothenburg** muss anwesend sein.

(2) Bei gemeindeübergreifenden Ereignissen obliegt die Einsatzleitung der Gemeinde **Rothenburg** bei nicht gemeindeübergreifenden Ereignissen kann die Einsatzleitung durch den Wehrleiter der betroffenen Gemeinde auf die Gemeinde **Rothenburg** übertragen werden, hierunter zählen auch alle notwendigen Kräfte und Mittel der Gemeinde.

(3) Aus ausgewähltem Führungspersonal der einzelnen Vertragsparteien wird eine Führungsgruppe gegründet, die den Betrieb der ortsfesten Landfunkstelle absichert. Im Einsatzfall sind von der Gemeinde **Hähnichen** Führungs- & Hilfskräfte in die ortsfeste Landfunkstelle zu entsenden.

(4) Die Festlegung des Umfangs der personellen Besetzung, die Aufgabenzuordnung, die Arbeitsweise sowie die organisatorische Ausgestaltung der Führungsarbeit der ortsfesten Landfunkstelle erfolgt entsprechend den Führungsgrundsätzen der FwDV 100 durch den Einsatzleiter.

§ 7 Aktivierung

(1) Die ortsfeste Landfunkstelle wird durch den/die Bürgermeister/in oder den Gemeindeführer der beteiligten Gemeinden aktiviert. Ebenfalls kann die Aktivierung durch den Einsatzleiter einer beteiligten Gemeinde erfolgen.

(2) Bei außergewöhnlichen Schadenslagen, Ereignissen und Einsatzaufkommen kann dies in Abstimmung mit dem Bürgermeister oder dem Gemeindeführer durch den Landkreis als uBRK-Behörde erfolgen.

(3) Im Falle von Katastrophenvoralarm oder Katastrophenalarm erfolgt die Aktivierung der Befehlsstelle durch den Landkreis Görlitz als uBRK-Behörde.

(4) Die beteiligten Kommunen stellen durch gemeinsame Ausbildung und Übung den Betrieb der ortsfesten Landfunkstelle sicher. Die gemeinsame Ausbildung und Übung wird durch die Gemeinden in gleichen Umfang geplant und durchgeführt. Die Kosten dieser Maßnahmen sind in der jährlichen Pauschale eingerechnet.

§ 8 Personal- und Lohnausfallkosten

Im Falle der Aktivierung der ortsfesten Landfunkstelle auf Grund dieses Vertrages verzichten die Vertragspartner auf gegenseitige Kostenerstattung nach § 69 Abs. 2 Nr. 7

Rothenburg, den 16. März 2023

Philipp Eichler
Bürgermeister
Stadt Rothenburg

Hähnichen, den 16. März 2023

Prof. Dr. Matthias Zscheile
Bürgermeister
Gemeinde Hähnichen

SächsBRKG, soweit der Einsatz der Feuerwehr unentgeltlich gem. § 69 Abs. 1 SächsBRKG erfolgt.

§ 9 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vereinbarungsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung möglichst nahe kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen beziehungsweise undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben.

§ 10 Schlussbestimmungen

(1) Die Zweckvereinbarung tritt nach dem Tag der öffentlichen Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

(2) Die Vereinbarung wird unbefristet geschlossen. Sie ist durch die Vertragsparteien mit einer Frist von einem Jahr zum Ende des Kalenderjahres kündbar.

(3) Änderungen, Ergänzungen oder die Kündigung dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

Bekanntmachung des Landratsamtes Nordsachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes Torgau

Vom 24. April 2023

Das Landratsamt Nordsachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 17. April 2023 auf der Grundlage von § 58 Absatz 2 des Wasserverbandsgesetzes vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Mai 2002 (BGBl. I S. 1578) geändert worden ist, über die Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes Torgau wie folgt entschieden:

1. Die von der Versammlung des Wasser- und Bodenverbandes Torgau in der Sitzung am 4. April 2023

beschlossene Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes Torgau (Beschluss Nummer 05/2023) wird genehmigt.

2. Die Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung selbst im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Die Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes Torgau wird nachfolgend bekannt gemacht.

Torgau, den 24. April 2023

Landratsamt Nordsachsen
Kai Emanuel
Landrat

Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes Torgau

Vom 4. April 2023

Auf der Grundlage von § 6 und § 58 Absatz 1 des Wasserverbandsgesetzes vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Mai 2002 (BGBl. I S. 1578) geändert worden ist) und des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 5) geändert worden ist in Verbindung mit § 76 Absatz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, hat die Versammlung des Wasser- und Bodenverbandes Torgau am 4. April 2023 mit Beschluss Nummer 05/2023 die Neufassung der Verbandssatzung beschlossen:

§ 1 Name, Sitz, Zweck

(1) Der Verband führt den Namen „Wasser- und Bodenverband Torgau“.

(2) Er hat seinen Sitz in der Stadt Torgau, Ortsteil Mehderitzsch, Hauptstraße 42, im Landkreis Nordsachsen.

(3) Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts nach dem Gesetz über Wasser- und Bodenverbände in der jeweils geltenden Fassung.

(4) Der Verband strebt keinen Gewinn an und dient dem öffentlichen Interesse und dem Nutzen seiner Mitglieder. Er verwaltet sich im Rahmen des Gesetzes selbst.

I. Abschnitt Mitglieder, Aufgaben, Unternehmen

§ 2 Mitglieder, Verbandsgebiet

(1) Die Mitglieder des Verbandes sind die Gemeinden Mockrehna, Dreiheide, Stadt Torgau und Stadt Belgern-Schildau.

(2) Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt durch schriftlichen Antrag nach Anhörung der Verbandsmitglieder und durch Beschluss der Versammlung.

(3) Das Verbandsgebiet umfasst das räumliche Gebiet der Gemeinden nach Abs. (1).

§ 3 Aufgaben

(1) Der Verband hat die Aufgabe, im Verbandsgebiet das Wasser als Lebensgrundlage im Interesse der Allgemeinheit und zum Wohle des einzelnen nach dem Grundsatz der Vorsorge zu schützen, seine natürlichen Eigenschaften zu

erhalten und zu sichern. Zur Erfüllung dieser Aufgabe obliegt dem Verband:

1. die Unterhaltung von Gewässern zweiter Ordnung einschließlich Ausbau und naturnahem Rückbau,
2. der Bau und die Unterhaltung von verbandseigenen Anlagen in und an Gewässern zweiter Ordnung,
3. die Herrichtung, Erhaltung und Pflege von Flächen, Anlagen und Gewässern zum Schutz des Naturhaushaltes, des Bodens und für die Landschaftspflege,
4. die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Wasserwirtschaft und die Fortentwicklung des Gewässer-, Boden- und Naturschutzes,
5. die Förderung und Überwachung der vorstehenden Aufgaben sowie die notwendige Auftragserteilung an Dritte.

(2) Die Finanzierung von Leistungen wie Ausbau, Rückbau von verrohrten Gräben, Sanierung von Teichen und dergleichen, welche über die jährliche Pflege und Unterhaltung hinausgeht, übernimmt die jeweilige Gemeinde/Stadt, in welcher sich das entsprechende Gewässer befindet.

§ 4

Unternehmen, Plan

(2) Zur Durchführung seiner Aufgaben hat der Verband die zur Unterhaltung der Gewässer und Anlagen notwendigen Arbeiten vorzubereiten und durchzuführen.

(2) Das Unternehmen ergibt sich aus

1. dem Plan, den Ausführungs- und Bestandsunterlagen der Gewässer,
2. den Ergänzungsplänen,
3. der Übersichtskarte 1 des Verbandsgebietes.

(3) Eine Ausfertigung der Pläne wird bei der Aufsichtsbehörde und dem Verbandsvorsteher aufbewahrt.

§ 5

Ausführung des Unternehmens

(1) Notwendige Bauarbeiten zur Anpassung an die neuen Strukturen werden abschnittsweise ausgeführt.

(2) Die Wasserbehörde ist über notwendige Baumaßnahmen zu unterrichten und Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(3) Der Plan, das Unternehmen und die Verbandsanlagen können nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde ergänzt oder geändert werden.

§ 6

Benutzung der Grundstücke für das Unternehmen

Der Verband ist befugt, auf Pachtflächen und Grundstücken der nach dem Mitgliederverzeichnis zum Verband gehörenden dinglichen Mitglieder notwendige Verbandsarbeiten durchzuführen. Diese haben ferner zu dulden, dass sich Dritte unter Inanspruchnahme von Verbandsgrundstücken an die Verbandsanlagen anschließen.

§ 7

Verbandsschau

(1) Die Anlagen des Verbandes sind mindestens einmal im Jahr zu schauen. Schauführer ist der Verbandsvorsteher oder ein von ihm bestimmter Schaubeauftragter.

(2) Der Verbandsvorsteher bestimmt die Zeit und Ort der Schau, gibt dies rechtzeitig bekannt und lädt die Verbandsmitglieder, die Aufsichtsbehörde und sonstige Beteiligten, insbesondere technische und wirtschaftliche Fachbehörden zwei Wochen vorher zur Teilnahme ein.

§ 8

Aufzeichnung, Abstellung der Mängel

Der Schauführer oder der von ihm bestimmte Schaubeauftragte zeichnet den Verlauf und das Ergebnis der Prüfung schriftlich auf. Der Verbandsvorsteher lässt die Mängel abstellen. Über den Verlauf ist eine Niederschrift anzufertigen. Diese ist vom Verbandsvorsteher zu unterzeichnen.

II. Abschnitt

Verbandsverfassung

§ 9

Verbandsorgane

(1) Organe des Verbandes sind:

1. die Verbandsversammlung,
2. der Verbandsvorsteher.

(2) Soweit sich aus dem WVG, dem SächsKomZG und dieser Satzung nichts anderes ergibt, sind auf die Verbandsversammlung die Bestimmungen der SächsGemO über den Gemeinderat und auf den Verbandsvorsteher die Bestimmungen über den Bürgermeister sinngemäß anzuwenden.

(3) Die Vertreter der Verbandsmitglieder in der Verbandsversammlung einschließlich des Verbandsvorstehers sind ehrenamtlich tätig. Für ihre Rechtsverhältnisse gelten die für die Gemeinderäte maßgebenden Vorschriften der SächsGemO entsprechend.

§ 10

Zusammensetzung und Stimmenverteilung in der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Bürgermeistern (Oberbürgermeister) der Verbandsmitglieder (§ 2 Abs. 1), sofern ein Verbandsmitglied nicht einen anderen leitenden Bediensteten zum ständigen Vertreter wählt.

(2) Die Gesamtstimmenzahl in der Verbandsversammlung beträgt 100; der Anteil der einzelnen Mitgliedsgemeinden ist abhängig von dem Vorteil, den diese von der Durchführung der Verbandsaufgaben hat und bemisst sich daher an der jeweiligen Gewässerlänge (Übersicht 1)

§ 11

Aufgaben der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung hat folgende Aufgaben:

1. Wahl und die Abberufung des Verbandsvorstehers sowie dessen Stellvertreter
2. Beschlussfassung über Satzungen und deren Änderungen
3. Beschlussfassung über die Aufnahme und das Ausscheiden von Mitgliedern
4. Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und seiner Nachträge
5. Festlegung des Stellenplanes
6. Aufnahme von Darlehen

7. Beschlussfassung über die Umgestaltung und die Auflösung des Verbandes.

§ 12

Geschäftsgang der Verbandsversammlung

(1) Der Verbandsvorsteher beruft die Verbandsversammlung schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Jedes Mitglied hat das Recht, Anträge zur Beschlussfassung zu stellen.

(2) Die Verbandsversammlung ist mindestens einmal im Jahr einzuberufen.

(3) Die Verbandsversammlung muss ohne Verzug einberufen werden, wenn Mitglieder, deren Stimmen zusammen ein Viertel aller Stimmen erreichen, oder die Aufsichtsbehörde die Einberufung unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen.

(4) Wird dem Verlangen nicht entsprochen, so kann die Aufsichtsbehörde die Verbandsversammlung unter Festsetzung der Tagesordnung einberufen.

(5) Die Einberufung der Verbandsversammlung muss mit einer Frist von mindestens zwei Wochen erfolgen. In dringenden Fällen bedarf es keiner Frist. In der Ladung ist darauf hinzuweisen.

(6) Über den Gegenstand, dessen Verhandlung nicht ordnungsgemäß mindestens zwei Wochen vor dem Tage der Sitzung angekündigt ist, können Beschlüsse nur gefasst werden, wenn mit allen in der Verbandsversammlung vertretenen Stimmen zugestimmt wird.

(7) Die Sitzung der Verbandsversammlung wird vom Verbandsvorsteher, im Falle seiner Verhinderung von seinem Stellvertreter geleitet.

(8) Zu Beginn der Sitzung ist ein Verzeichnis der erschienenen Mitglieder oder deren Stellvertreter aufzustellen. Das Verzeichnis ist vor der ersten Abstimmung zur Einsicht offenzulegen.

§ 13

Verbandsvorsteher/Stellvertreter

(1) Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden aus der Mitte der Vertreter der Verbandsversammlung gemäß § 10 Abs. 1 für 5 Jahre, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes, für die Dauer dieses Amtes gewählt. Nach Ablauf ihrer Wahlperiode nimmt der Verbandsvorsteher bis zur Wahl des neuen Verbandsvorstehers seine Amtsgeschäfte weiter wahr; entsprechendes gilt für seinen Stellvertreter.

(2) Der Verbandsvorsteher und im Falle der Verhinderung sein Stellvertreter vertreten den Verband. Ihm obliegen alle Geschäfte des Verbandes, die nicht durch das WVG oder durch Satzung oder wegen der Bedeutung der Sache der Verbandsversammlung aufgetragen sind. Er unterrichtet in angemessenen Zeitabständen die Mitglieder über alle Verbandsangelegenheiten und hört ihren Rat zu wichtigen Geschäften. Insbesondere gehört zu den Aufgaben des Verbandsvorstehers:

1. gerichtliche und außergerichtliche Vertretung des Verbandes mit der Einschränkung des Absatzes (3);
2. Vorsitz in der Sitzung der Verbandsversammlung;

3. Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse der Verbandsversammlung;
4. Aufsicht über die Verbandsarbeiten und die Überwachung von Verbandsanlagen;
5. Kontrolle über Ausschreibung und Einziehung der Verbandsbeiträge;
6. Zeichnungsbefugnis für Bank- und Kassengeschäfte werden in einer Kassenordnung geregelt;
7. Abschluss von Verträgen;
8. Vorbereitung der Änderung und Ergänzung der Satzung, der Verbandsaufgaben, des Unternehmens und des Planes.

(3) Erklärungen, durch die der Verband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Diese sind nur rechtsverbindlich, wenn sie vom Verbandsvorsteher und seinem Stellvertreter oder von einem dieser und einem anderen Verbandsmitglied handschriftlich unterzeichnet sind.

§ 14

Bedienstete, Geschäftsführer

(1) Zur Erfüllung seiner Aufgaben beschäftigt der Wasser- und Bodenverband hauptamtliche Bedienstete.

(2) Der Wasser- und Bodenverband bestellt einen Geschäftsführer. Die Aufgaben des Geschäftsführers werden in der Dienstanweisung für die Geschäftsführung des Wasser- und Bodenverbandes geregelt.

III. Abschnitt

Haushalt, Beiträge

§ 15

Wirtschaftsführung

(1) Für den Wasser- und Bodenverband Torgau sind die geltenden Bestimmungen über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen sowie den Jahresabschluss nach dem Sächsischen Eigenbetriebsrecht – ausgenommen die Vorschriften über die Gewinnerzielung – analog anzuwenden.

(2) Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 16

Verwendung der Einnahmen und Ausgaben

(1) Alle Einnahmen und Ausgaben sind nach den Festsetzungen im Wirtschaftsplan zu verwalten.

(2) Einnahmen aus Unternehmungen, an denen nur ein Teil der Mitglieder Anteil hat, kommen diesen zugute und zwar im Verhältnis ihrer Teilnahme an den Lasten.

(3) Einnahmen des Verbandes, die nicht Beiträge der Mitglieder sind, sind wie diese zur Bestreitung der Ausgaben zu verwenden.

§ 17

Prüfungswesen

(1) Der Verband bedient sich zur Jahresabschluss- und zur örtlichen Prüfung eines Rechnungsprüfungsamtes oder Rechnungsprüfers, eines Wirtschaftsprüfers oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

§ 18**Aufnahme und Tilgung von Darlehen**

(1) Der Verband ist berechtigt, Investitionen durch Darlehen zu decken. einmalige außerordentliche Aufgaben durch Darlehen zu decken. Sie bedürfen der Festsetzung in der Haushaltssatzung und der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(2) Für langfristige Darlehen, die nicht regelmäßig zu tilgen sind, sammelt er die Mittel zur Tilgung planmäßig an.

(3) Zur Tilgung der Darlehen sind nach einem Tilgungsplan angemessene Beiträge in den im Haushalt einzustellen. Bei langfristigen Anleihen sind mindestens die nach dem Tilgungsplan erforderlichen Beiträge einzusetzen.

§ 19**Verbandsbeiträge**

(1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten sowie zu einer ordentlichen Haushaltsführung erforderlich sind.

(2) Die Beiträge bestehen in Geldleistungen und Sachleistungen. Im Einvernehmen mit der Gemeinde werden Sachleistungen durchgeführt. Der Verband stellt Veranlagungsregeln auf, die von der Verbandsversammlung zu beschließen sind. Für die Beiträge gelten die Vorschriften des §20.

(3) Die Mitglieder dürfen für den gleichen Tatbestand durch den Verband, die Gemeinde oder andere Wasser- und Bodenverbände nicht nochmals zu den Beiträgen oder Gebühren herangezogen werden.

(4) Der Verband erhebt die Verbandsbeiträge auf der Grundlage des für ihn geltenden Beitragsmaßstabes durch Beitragsbescheid.

(5) Der Verband trägt die Beiträge der einzelnen Mitglieder in die Hebeliste ein, teilt jedem Mitglied seinen Beitrag, die Zahlstelle und die Zahlungsfrist mit und zieht die Beiträge ein.

(6) Wer seinen Beitrag nicht rechtzeitig leistet, hat einen Säumniszuschlag laut gesetzlicher Grundlage zu zahlen.

(7) Jedem Verbandsmitglied ist auf Verlangen Einsicht in die ihn betreffenden Unterlagen zu gewähren.

§ 20**Beitragsverhältnis**

(1) Die Beitragslast verteilt sich auf die Mitglieder im Verhältnis der Vorteile, die sie von den Aufgaben des Verbandes haben und der Lasten, die der Verband auf sich nimmt, um schädigenden Einwirkungen zu begegnen und den Mitgliedern Leistungen abzunehmen.

(2) Die Beitragslast ist unter Berücksichtigung von Abs. 1 abhängig von der zu betreuenden Gewässerlänge (m) laut Übersicht 1.

(3) Der Beitragssatz und die Beitragshöhe für die einzelnen Verbandsmitglieder werden jährlich in der Hebeliste, welche Bestandteil des Wirtschaftsplanes ist, festgesetzt.

(4) Die Beitragslast aus der Erschwerung der Unterhaltung verteilt sich auf die Mitglieder nach Veranlagungsregeln, die von der Verbandsversammlung beschlossen werden.

(5) Die Beitragslast ist am 28. Februar und 30. August eines jeden Jahres mit jeweils 50 von Hundert fällig.

IV. Abschnitt**Änderung, Austritt, öffentliche Bekanntmachungen****§ 21****Änderung der Satzung**

Für Beschlüsse zur Änderung der Satzung genügt die Mehrheit der anwesenden Stimmen. Der Beschluss über eine Änderung der Aufgabe des Verbandes bedarf einer Mehrheit von zwei Drittel der anwesenden Stimmen (§ 58 WVG Abs. 1 Satz 2).

§ 22**Ausscheiden von Verbandsmitgliedern**

(1) Der Austritt aus dem Verband mit vorgesehener Wirksamkeit für das Folgejahr ist bis spätestens 31. Mai des laufenden Jahres schriftlich beim Verbandsvorsteher zu beantragen.

(2) Über das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern entscheidet die Verbandsversammlung. Der Beschluss bedarf der Mehrheit von mindestens zwei Drittel der satzungsmäßigen Stimmen in der Verbandsversammlung. Der Beschluss setzt voraus, dass das ausscheidende Verbandsmitglied sich schriftlich äußert.

(3) Das ausscheidende Verbandsmitglied kann nur am Ende eines Wirtschaftsjahres aus dem Verband austreten und hat keinen Rechtsanspruch an eine Beteiligung am Verbandsvermögen.

§ 23**Auflösung des Wasser- und Bodenverbandes**

(1) Ein Beschluss zur Auflösung des Wasser- und Bodenverbandes bedarf der Mehrheit von mindestens zwei Drittel der satzungsmäßigen Stimmen in der Verbandsversammlung. Der Beschluss ist von der Rechtsaufsichtsbehörde zu genehmigen.

(2) Das nach Bereinigung der Verbindlichkeiten verbleibende Verbandsvermögen wird gemäß dem in § 20 Abs. 2 (Beitragsverhältnis) an die Verbandsmitglieder des Verbandes aufgeteilt, die dem Verband bei der Beschlussfassung über die Auflösung angehören.

§24**Öffentliche Bekanntmachungen**

(1) Öffentliche Bekanntmachungen sowie ortsübliche Bekanntgaben des Verbandes erfolgen im Amtsblatt des Landkreises Nordsachsen ausschließlich in elektronischer Form unter www.landkreis-nordsachsen.de.

(2) Sonstige für die Mitglieder bestimmte Bekanntmachungen werden den Mitgliedern schriftlich mitgeteilt.

**V. Abschnitt
Inkrafttreten****§ 25
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung und der Bekanntmachung der Genehmigung

der Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes Torgau vom 26. September 2016, zuletzt geändert durch die 2. Änderung vom 05. Juli 2018 außer Kraft.

Mehderitzsch, den 4. April 2023

Wasser- und Bodenverband Torgau
Klepel
Verbandsvorsteher

Übersicht 1**Mitgliederverzeichnis, Stimmenverhältnis****Zum Verbandsgebiet gehörende Verbandsmitglieder:**

	Verbandsmitglied Anschrift	Gewässer m	Stimmen gesamt
1.	Gemeinde Mockrehna Unterdorf 4 04862 Mockrehna	65.172	23
2.	Gemeinde Dreiheide Schulstrasse 4 04860 Dreiheide/OT Süptitz	32.338	12
3.	Stadt Torgau Markt 1 04860 Torgau	82.532	29
4.	Stadt Belgern-Schildau Markt 3 04874 Belgern	99.492	36
	Gesamt:	279.534	100

Hinweis:

Nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannte Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485 26 0
Telefax: 0351 485 26 61
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

11. Mai 2023

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 47,08 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 9,53 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 